Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6 durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7249.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 115. Mittwoch, den 19. Mai 1897. 8. Jahrgang.

Das freie, starke Bürgerthum.

Man schreibt uns: Unter den wenigen Kritiken die das Sombart'sche Buch „Socialismus und sociale Bewegungen“ in der bürgerlichen Presse gefunden hat — die meisten Blätter befolgen die thörichte, aber bequeme Methode, das Buch todtzuschweigen — fiel uns ein vor Kurzem erschienener Artikel der „Breslauer Zeitung“ insofern angenehm auf, als er ohne jede Hetzerei und Schimpferei, auf die sich einige Muckerblättchen in ihren Besprechungen des Buches beschränkten, geschrieben ist und versucht sachliche Gründe ins Feld zu führen. Da in der Hauptsache Erwägungen vorgebracht werden, durch die die zweifellose Zukunft der bürgerlichen Demokratie bewiesen werden soll, auch als Schutzwall gegen die Verwirklichung der socialistischen „Utopien“ wollen [illegible] die Hoffnungslosigkeit aller dieser Träume vom starken Bürgerthum darzuthun versuchen.

Die „Breslauer Zeitung“ führt also aus, daß zwischen den beiden vermeintlichen Gesellschaftsklassen der Zukunft, dem Groß-Unternehmerthum und dem Proletariat außer dem Junkerthum noch stets eine weitere Klasse sich finden werde, das Bürgerthum. Dies Bürgerthum soll bestehen aus der Arbeiter-Aristokratie (also den bestorganisirten Qualitäts-Arbeitern 2c.), den Angehörigen der sogenannten freien Berufe, als da sind Rechtsanwälte, Aerzte, Richter, Gelehrte, wohl auch aus den mittleren und höheren Beamten, und dem größten Theil des Handelsstandes. Dazu kämen dann noch, wenn wir richtig verstehen, die mittelgroßen Unternehmer, denen eine bleibende Bedeutung zugewiesen zu werden scheint.

Daß der Arbeiter-Aristokratie die Ehre zu Theil wird, dem Bürgerthum zugerechnet zu werden, verdankt sie wohl blos einer kleinen Begriffsverwechselung. Die „Breslauer Zeitung“ scheint unter Proletarier (dem Wortsinn allein folgend) nur solche Leute zu verstehen, denen es ganz schlecht geht. Wissenschaftlich verstehen wir dagegen heute darunter alle die, die den Mehrwerth erzeugen, von dem die Unternehmerklasse lebt. Ueber die geringe Anzahl Arbeiter, die im Lohnkampf sich ungefähr ausreichende Löhne errungen haben — wie viele mögen es wohl in ganz Deutschland sein?! — brauchen wir wohl nicht viel Worte zu machen. Daß der Lohnarbeiter, der, um etwas Horrendes niederzuschreiben, 3000 Mark Einkommen jährlich bezieht, ein anderes Klasseninteresse hat, als ein selbstständiger Handwerksmeister mit gleichem Einkommen, das er zu $^3/_4$ aus dem von seinen Arbeitern und Gesellen geschaffenen Mehrwerth empfängt und nur zu $^1/_4$ aus eigener Arbeit, wird man einem Freisinnigen schwer klar machen. Mehr Beachtung verdient die Anführung des Handelsstandes. Nach Marx gehört der gesammte Handelsstand, da er den Gütern keinen Werth zusetzt, und von der Differenz lebt zwischen den Herstellungskosten der Waare und dem Preise, den sie auf dem Markt hat, zu der Ausbeuterklasse. Das schließt nicht aus, daß innerhalb des Handelsstandes der auf den gesammten Handelsstand entfallende Theil des von der Gesammtheit der Arbeiter erzeugten Mehrwerths recht ungleich vertheilt wird: je nach der Macht, der Capitalkraft, der größeren oder geringeren Concurrenz, die der Einzelne hat, entfällt auf ihn viel oder wenig. Auf die völlig vermögenslosen Angestellten, die kleinen Krämer, Agenten und Commissionaire sehr wenig, auf die großen Importeure, Engroshändler, Bazareigenthümer sehr viel.

Da wir beim Handel sind, wollen wir auch noch einer anderen Erwägung Raum geben, wenn sie auch nicht gerade an diesen Platz gehört. Es wird sehr oft übersehen, daß es mit der „Selbstständigkeit“ im Handelsstande oft noch viel windiger aussieht, als mit der sogenannten Selbstständigkeit sehr vieler Handwerker, die einfach Hausindustrielle sind. Fast alle „Agenten“ sind in Wirklichkeit nur dem Namen nach selbstständig: Der Fabrikant hat die Wahl, ob er in ein bestimmtes Gebiet einen Reisenden senden soll, dessen Ueberwachung schwer ist und dessen Spesen er zu tragen hat, oder ob er einen Agenten einsetzt, der gleichsam „auf Akkord“ arbeitet, d. h. von Allem was er verkauft, einige Procente Provision erhält, aber auch selbst seine Spesen tragen muß. Aber auch die Inhaber vieler offenen Geschäfte sind nur dem Namen nach unabhängig. Eine Cigarrettenfabrik z. B., die den Zwischenhandel möglichst umgehen will, kann ja selbst ein Geschäft einrichten und „junge Leute“ zum Betriebe hineinsetzen. Viel schlauer und bequemer handelt sie aber, wenn sie einen solchen „jungen Mann“ zur Gründung eines Geschäfts veranlaßt, ihm alle Unkosten aufhalst und ihm gerade soviel Profit läßt, wie er ungefähr als Angestellter Gehalt gehabt hätte. Daß die Vorstadt- und Kleinstadtkrämer oft in drückendster Abhängigkeit von ihrem Lieferanten, dem Grossisten, sind, ist ja bekannt.

Bei dem Gedanken, den Handel als Stütze der bürgerlichen Demokratie zu betrachten, ist weiter zu berücksichtigen die ganze Entwickelung des Handels selbst. Der Zug der Zeit ist: 1. den Zwischenhandel möglichst zu verdrängen und 2. im Handel selbst die kleinen Unternehmungen von den großen verschlingen zu lassen. Daraus folgt zuerst, daß eine verhältnißmäßig immer kleinere Zahl von Erwerbsthätigen im Handel ihren Unterhalt findet (wofür schwer statistische Beweise zu erbringen sind, da bei der Gewerbezählung alle möglichen Unternehmungen unter Handel gezählt werden, die in Wirklichkeit industrielle Verlagsgeschäfte sind) und daß außerdem die Kluft zwischen den Unternehmern und den Angestellten immer breiter wird. Die Lage der Angestellten wird in Wahrheit immer aussichtsloser und „proletarischer“, und daß sie demnächst in unser Lager abschwenken werden, ist nur noch eine Frage der Zeit. Zu alledem kommt noch, daß der Handelsstand der Zahl nach gar nicht die Bedeutung besitzt, die ihm die „Bresl. Zeitung“ zuzumessen scheint. Bei der Gewerbezählung von 1882 (die Zahlen der neuen von 1896 sind uns leider noch nicht zugänglich) hatte das Reich 45,222,000 Einwohner: darunter waren 702,000 selbstständige Kaufleute, deren Angehörige und Dienstboten 1,885,000 betrugen. Die Gesammtzahl aller überhaupt vom Handel lebenden Personen (incl. der Angestellten, deren Familien 2c.) betrug $4^1/_2$ Millionen. Damit vergleiche man die entsprechenden Zahlen bei der Industrie, wo es 16 Millionen und der Landwirthschaft, wo es $19^1/_4$ Millionen waren.

Noch unbedeutender ist die Zahl der freien Berufe und der Beamten: es sind mit Angehörigen und Dienstboten 1,681,000 Menschen, selbstständige giebt es 579 Tausend. Darunter sind aber alle auch die niederen Beamten zu verstehen! In Wirklichkeit haben ja aber die hierher gehörigen Personen gar nicht den weiten, durch kein materielles Interesse getrübten, politischen Blick, den die „Bresl. Zeitung von ihnen erhofft. Der Arzt, der aus einer wohlhabenden Bürgerfamilie entstammt, seine lohnende Praxis nur in gutsituirten Kreisen findet und gegen das Elend, das er zu sehen bekommt, gewohnheitsmäßig die Augen verschließt, wird wahrscheinlich derselben politischen Meinung sein wie sein Herr Vater, der im Erwerbsleben steht; also conservativ, oder ultramontan, oder nationalliberal, oder freisinnig: „wies trefft!“ Das gilt von den meisten hierher gehörigen Menschen.

Auch die mittelgroßen Unternehmer als eine Stütze für die Zukunft der bürgerlichen Demokratie anzusehen, scheint uns gewagt. Erstens sind diese Herrn sehr oft, wie der Augenschein lehrt, gar nicht demokratisch, sondern — schon weil das nobler ist — gouvernemental und conservativ. Dann werden die mittleren Unternehmer entweder große — oder gehen zu Grunde. Daß sie ewig mittlere bleiben, ist bei dem ganzen Entwickelungsgange unserer Industrie nicht denkbar. Auch hier wollen die statistischen Zahlen wohl verstanden sein. Nach der Statistik nehmen die mittelgroßen Unternehmungen zu. Warum? Nun erstens dehnen sich die lebensfähigen kleinen aus, sobald sie auf einem Gebiete arbeiten, das ganz große noch nicht kennt. Dann aber werden alle die Gebrauchsgüter, deren Erzeugung sich die capitalistische Unternehmung bemächtigt, ganz natürlich zunächst meist in kleinen oder mittelgroßen Betrieben hergestellt, die sich langsam ausdehnen. Die Schuhfabriken z. B. hatten vor 10, 15 Jahren noch Unternehmer, die man dem „Mittelstand“ zurechnen konnte, heut sind es Großbürger geworden.

Ganz beiläufig wollen wir gegenüber der „Bresl. Ztg.“ bemerken, daß wir auch dem Junkerthum als besondere Klasse keine Dauer für die Zukunft prophezeien können. Das Junkerthum verliert seine wirthschaftliche Grundlage; der junkerliche landwirthschaftliche Betrieb geht unrettbar zu Grunde und das Junkerthum versucht durch ein politisches va-banque-Spiel, wobei es seinen ganzen socialen und politischen Einfluß benützt, vergeblich seine Stellung zu behaupten. Die Jüngeren unter uns werden seinen völligen Untergang noch erleben. An seine Stelle tritt der durchaus capitalistische vorläufig mittelgroße landwirthschaftliche Betrieb, der nichts Feudalistisches und Mittelalterliches mehr an sich hat. Auf der einen Seite die Unternehmer, auf der anderen die besitzlosen, proletarischen Geld-Lohn-Arbeiter.

Die „Breslauer Zeitung“ meint am Schlusse ihrer Darlegungen über die Zukunft des freien, starken Bürgerthums angesichts der gegenwärtigen politischen Situation:

> „Gerade die Haltung der Regierung in ihrer reactionären Tendenz, sowie der Uebermuth des junkerlichen Bündlerthums und die Erfolge des Zünftlerthums, die den Protest des freiheitlichen Handwerkerstandes immer schärfer herausfordern, — gerade diese Sieghaftigkeit der Reaction in der Gegenwart kann nur dazu beitragen, dem Bürgerthum desto schneller für die Gefahren, die ihm drohen, und für die Aufgaben, die ihm vorbehalten sind, die Augen zu öffnen. Je schärfer die extremen Klassengegensätze zum Ausdruck kommen, und je krasser rücksichtslose Sonderinteressen bemüht sind, ihre Riemen aus dem Leder anderer zu schneiden, desto schneller und desto klarer wird das Bürgerthum sich seiner Aufgabe und damit auch seiner Kraft bewußt werden.“

Niemals wohl gab es bessere Gelegenheit für das Bürgerthum, als eben jetzt, zu zeigen, daß es sich seiner Aufgabe und damit seiner Kraft bewußt geworden. Der Kampf gegen die Vernichtung des Vereins- und Versammlungsrechtes in Preußen muß ein Prüfstein werden dafür, ob das Bürgerthum wirklich noch einen Factor der zukünftigen socialen wie politischen Entwickelung darstellen wird. Wir fürchten in der That, daß Denjenigen bittere Enttäuschungen nicht erspart werden, die sich derartigen Hoffnungen hingeben wollen.

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

58] Nachdruck verboten.

So waren sie auf dem Punkte angekommen, wo sie in einer beständigen Reizbarkeit lebten, und Groll und Mißverständnisse sich erhöhten, wo das Unrecht des Einen zum Triumphe des Anderen wurde, wo die gegenseitige Achtung schwand und Aerger und Erbitterung sich bis zum Hasse steigerten.

Und doch dachten sie nicht an Trennung.

Sie lebten miteinander fort, Tag für Tag, unter dem moralischen Zwang eines Herkommens, das sie demoralisirte, sie schlecht machte und das zu brechen keines den Muth hatte.

Und gab es denn nicht so viele Andere, die auch miteinander lebten und nicht glücklicher waren, als sie? Ein bedeutenderes Argument, als man gewöhnlich glaubt.

Anderen gegenüber heuchelten Beide ein leidlich gutes Einvernehmen, aber Max ließ sich über ihr Verhältniß nicht täuschen.

Ohne jemals eine Indiscretion begangen zu haben, war er Mitwisser ihrer Geheimnisse geworden, die sie vor einander verbargen. Er kannte ebenso die Liebschaften Hartmann's, der eine Oliva aushielt, wie die Weltanschauung von Helenens Vater, die seine Tochter unbewußt theilte. Wie kein Anderer errieth er, daß es zwischen den Gatten, die einen Bund für's Leben geschlossen hatten, nichts Gemeinsames mehr gab und daß Gefühle und Gedanken sich in ihnen zu einem immer feindseligeren Gegensatz entwickeln würden.

Und wenn Hartmann, der gesellschaftlich und ökonomisch frei und unabhängig war, sich diesem Zusammenleben zu entziehen und anderweitig zu entschädigen wußte, so würde ihr Herz immer mehr vereinsamen und die Hingabe an einen anderen Mann nur ihr Verderben besiegeln.

In den folgenden Tagen beobachtete Max mit wachsender Bangigkeit die einschmeichelnde Vertraulichkeit Morre's, der mit den Hartmann's zugleich nach St. Agath gekommen war, und seine raschen, flammenden Blicke, die er Helene zuwarf, die wohl geeignet waren, die Sinnlichkeit eines jungen Weibes zu erregen.

Gern hätte er sie vor der drohenden Gefahr gewarnt, aber ihr Benehmen ermunterte ihn nicht dazu.

Nichtsdestoweniger wollte er über sie wachen, als ihr treuester Freund.

„Wie lange noch?“

Er lehnte sich in den Sessel zurück und schloß die Augen.

Und er sah sich selbst als einen kalten Mann unbeweglich daliegen, mit den gefalteten, wächsernen Händen, die Todtenstarre im Antlitz.

Sein Leben war erloschen — — Der Gedanke hatte nichts Schreckhaftes für ihn, der an kein Jenseits glaubte, mit der persönlichen Fortdauer von menschlichen Freuden und Leiden, der aber den ewigen Zusammenhang der Welt erfaßt hatte, und den großen Entwickelungsprozeß der Menschheit, der unbeirrt weiter schreitet zu immer höheren Formen.

Und muß nicht Jeder seinen Theil dazu beitragen, bewußt oder unbewußt? Keiner hat ganz umsonst gelebt.

Und er lächelte und öffnete die guten blauen Augen, in denen es hell aufleuchtete, in der heißen, innigen Sehnsucht der letzten Wünsche: „Könnte ich doch, ehe ich von hinnen gehe, Helene, dieses süßeste Wesen, erretten, könnte ich etwas zur Festigung unserer Partei beitragen!“

— — — — — — — — — — — —

Es war ein heißer, sonniger Nachmittag.

In Helenes Zimmer, das nach Osten lag, standen die Fenster offen. Es war angenehm kühl daselbst.

Sie saß am Fenster und hatte zu ihrem weißen Lawn-Tennis-Anzug eben das Mützchen vollendet.

Der buschige Knopf aus geschnittener Wolle war noch daran zu nähen.

Ihre Hände hatten Nadel und Zwirn ergriffen, jetzt ließ sie sie wieder sinken und ihr müder Blick sah über den Garten hinweg, nach den Tannen, die hier die Straße säumten.

Sie hatte keinen deutlichen Gedanken; es war nur ein unbestimmtes Gefühl der Sehnsucht, das sie aus der Gegenwart, aus ihrem Hause hinweg führte.

Da vernahm sie leichte Schritte gegen die Thür, und mechanisch nahm sie die Arbeit, die ihr im Schooße ruhte, wieder auf.

Erich trat herein, ein Liedchen summend.

Er hielt einen Strauß herrlicher Rosen in der Hand, und verlangte ein Band, um sie zusammenzubinden.

Er setzte sich, als er es erhalten hatte, und begann die Blumen mit gutem Geschmack zu ordnen. Einmal blickte er flüchtig auf:

„Bist Du bald fertig? Sidonie liebt es nicht, wenn man sie warten läßt.“

„Fertig“, sagte sie und schnitt den Faden ab.

„Ah, ein neues Lawn Tennis-Mützchen, probire einmal.“

Sie setzte es auf. Es stand ihr vortrefflich.

Er nickte.

„Hübsch, diese kecken Formen stehen Dir am besten; wen wirst Du denn da wieder erobern wollen?“

Es zuckte ein wenig spöttisch um ihren Mund.

„Als ob wir immer Jemand erobern wollten.“

„Nicht? Ich denke, es ist das Alpha und Omega aller Eurer Bestrebungen, freilich. Du bist etwas herabgestimmt, seit Du mit dem kleinen Donner eine so schlimme Erfahrung gemacht hast, und er Dir sehr unverhohlen seine Liebe gestanden hatte.“

Sie wurde glühend roth.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau.

— Wo sind die Hintermänner der Vereinsgesetz-Novelle? Die „Voss. Ztg." giebt eine interessante Auffassung der Situation und weist auf Herrn v. Stumm als den „Drahtzieher" auch dieser neuesten „Umsturz"-Action hin:

„Der Schloßherr von Halberg ist kein Freund von Halbheiten. Sein Auge ist auf das Ganze gerichtet. Er will reinen Tisch machen, auch in der Gesetzgebung für die Arbeiter. Das hat er vor zwei Jahren bei der Berathung des Umsturzgesetzes und im vorigen Jahre bei der Verhandlung über das Nothvereinsgesetz bewiesen. Wie sprach doch der Freiherr v. Stumm am 17. Juni im Reichstage? Da erklärte er, das Verbot für die Vereine, unter einander in Verbindung zu treten, passe freilich nicht in die heutigen Verhältnisse; aber man dürfe es nicht aufheben, wenn man nicht andere „Reformbedürfnisse" befriedige. Er sagte:

„Nachdem die Umsturzvorlage gescheitert ist, nachdem jede Aussicht geschwunden ist, ein Socialistengesetz hier wieder zum Beschluß zu erheben, halte ich es für absolut nothwendig, daß im preußischen Vereinsgesetz Bestimmungen getroffen werden, wonach analog dem bayerischen oder sächsischen Gesetze staatsgefährliche Umtriebe wirksamer bekämpft werden können, als es seither der Fall war. Wenn ich also die Reformbedürftigkeit im Sinne des Antrages Bassermann zugebe, so behaupte ich, daß die Reformbedürftigkeit nach anderer Seite noch sehr viel erheblicher vorhanden ist, so daß, wenn wir in Preußen oder im Reich zu einer Reform des Vereinswesens gelangen, wir analog dem bayerischen Gesetz aussprechen müssen: die Polizeibehörde ist befugt, Vereine zu schließen, wenn dieselben die religiösen, sittlichen, gesellschaftlichen Grundlagen des Staates zu untergraben drohen u. s. w. . . . Ich muß offen gestehen, ich würde es geradezu für eine Schwäche des Bundesraths ansehen, wenn er sich auf einen anderen Standpunkt stellen wollte."

Aehnlich äußerte sich der Freiherr v. Stumm am 27. Juni 1896, indem er erklärte, gegen das Bürgerliche Gesetzbuch im Ganzen zu stimmen, wenn darin das Verbot der Verbindung zwischen den Vereinen aufgehoben würde. Inzwischen aber ist die Macht des Freiherrn v. Stumm nicht gesunken, sondern, wie man aus dem Zwischenspiel bei der Berathung über den Marine-Etat weiß, nur noch gestiegen. So hat sich das preußische Staatsministerium den Anschauungen des Herrn v. Stumm angeschlossen. Noch einmal suchte der Ministerpräsident die Einbringung des Entwurfs wenigstens zu vertagen. Da stellte Herr von Stumm die Cabinetsfrage: er ließ verkünden, daß er kein Mandat mehr annehmen werde, weil er seine Zeit besser als im Reichstage verwenden könne. Wem gab er diese Aufklärung? Etwa seinen Arbeitern? Oder wollte er nach anderen Seiten kund und zu wissen thun, daß es so wie bisher im Reichstag nicht weiter gehe und eine feste Regierung von Nöthen sei? Schon vor einiger Zeit sollte Herr von Stumm einen „großen Krach" in der Regierung vorausgesagt haben. Jetzt hat das Staatsministerium sich gefügt und die Novelle eingebracht: vielleicht erklärt sich Herr v. Stumm jetzt wieder bereit, ein Mandat anzunehmen und folgt auch Graf Arnim erdröhnend seinem Spurem. Der Freiherr v. Stumm hat gesiegt. Er ist der Vater dieses neuesten Umsturzgesetzes, und er hat größern Einfluß in Staat und Reich, wiewohl er unverantwortlich ist, als der hier wie dort verantwortliche Reichskanzler und Ministerpräsident."

— Regierungsweisheit einst und jetzt. Man lese das Nachfolgende:

„Mit großer Vorsicht bestrebt, den bestehenden Strafvorschriften nicht zu verfallen, vermeidet sie (die Partei des Umsturzes) das offenkundige Verbrechen, in der sehr Zuversicht, durch allmäliges unscheinbares Verbreiten vergiftender Lehren ihr Ziel dann sicherer zu erreichen. Von Gewaltthaten abmahnend, sucht sie solche Systeme zu begründen, bemüht sich, ihnen durch die Art ihrer Verbreitung in den verschiedensten Volkskreisen Eingang zu verschaffen, und arbeitet unausgesetzt daran, die Uebergangsideen im Volke wankend zu machen, welche die Grundpfeiler der staatlichen Ordnung bilden. Man würde sich einer gefährlichen Täuschung hingeben, wollte man annehmen, daß diese Bestrebungen erfolglos bleiben könnten . . . Die Ereignisse der neuesten Zeit eröffnen auch dem Unbefangenen die Augen über den Abgrund, vor welchem der Staat und die Gesellschaft stehen und in welchen sie hineingestoßen müßten, wenn die Regierung nicht schleunigst in der Ueberzeugung von der bedrohten öffentlichen Sicherheit und von der Unzulänglichkeit der gesetzlichen Vorschriften zu denjenigen Mitteln greift, welche sie hat."

Hat das nicht Herr v. d. Recke in der „Begründung" zu seinem Entwurf geschrieben oder in seiner den Umsturz verdammenden Rede im Abgeordnetenhause gesagt? Vielleicht wenigstens klingt es so.

Das obige Citat, welches die „Politische Correspondenz" besonders gut, stammt aus dem Bericht, den das preußische Staatsministerium am 4. Juni 1850 an den König abstattete, in derselben Zeit, wo die Verordnung zum Vereins- und Versammlungsrecht erging, welche jetzt wiederum über sich ergehen soll, den Mißbräuchen und Ausschreitungen jenes Rechts entgegentreten und darum abermals verschärft werden soll.

So ist denn alles das, was heute die Vertreter der Rechten zur Begründung für ihre Bekämpfung der Socialdemokratie vorbringen müssen, schon zu Zeiten in den Reden und Berichten aus der Zeit der Reaction. Vor 50 Jahren war man schon so weit wie heute die Rechtlichen Gesinnungen. Und die Rechtlichen Gesinnungen sind heute so weit wie man vor 50 Jahren war. Oder wird es umgekehrt sein?

— Wir brauchen keine falschen Götzen. Prinz Ludwig von Bayern hat bei einer Wanderversammlung bayerischer Landwirthe in Weiden sich über Denkmäler geäußert, die einem Fürsten zu Ehren errichtet werden. Nach den „Münch. N. N." wandt er sich dagegen aus, daß Städte oder Gemeinden sich deshalb in große Unkosten stürzen. „Ich halte mich in dieser Beziehung an das Wort meines Ur-Ur-Großvaters Ludwig II., welches er bei Gelegenheit der Feier des 700jährigen Wittelsbacher-Jubiläums gesprochen hat: Ich und mein Volk haben uns eins und brauchen solche Sachen nicht. Und in der That, wenn ein Volk und sein Fürstenhaus 700 Jahre unzertrennlich zusammen gestanden und sein Fürstenhaus selbst aus dem Volke hervorgegangen ist und wenn das Volk so und so oft sein Blut dafür vergossen hat, um die Dynastie und aufgefunden ist, wo es gegolten hat, für das Volk einzustehen, so sage ich, brauch man keine solchen Feste." Die Worte wurden den „Münch. N. N." zufolge mit besonderer Aufmerksamkeit gesprochen.

— Sie wollten nicht hören . . . Wer heute vor einigen Tagen die Fabelei gelesen hat, die der Berliner Kaiser in seine neue Berliner Gemeindekirche gemalen Altarbibeln eingeschrieben. Der eine dieser Sprüche lautete bekanntlich:

Jeremias 7, V. 23: Gehorchet meinem Wort, so will ich euer Gott sein, und Ihr sollt mein Volk sein; . . .

Nunmehr macht die „Frankfurter Zeitung" darauf aufmerksam, daß auf diesen Vers 23 ein Vers 24 folgt, der also lautet:

V. 24: Aber sie wollten nicht hören, noch ihre Ohren zuneigen, **sondern wandelten nach ihrem eigenen Rath** . . .

— Die deutsche Artillerievorlage hat in Frankreich, wie dem „Hamburgischen Correspondent" aus Paris geschrieben wird, „geradezu consternirend gewirkt". Der betreffende Correspondent schreibt:

„In den militärischen Fachkreisen war man ja auf die Sache vorbereitet, aber selbst dort, vielleicht abgesehen von den wenigen wirklich eingeweihten Personen, hat die Schnelligkeit der Maßregel überrascht. Die Kriegsverwaltung wird in der nächsten Zeit einen schweren Stand haben. Schon jetzt wird ihr von allen Seiten der Vorwurf gemacht, sich wieder einmal haben überflügeln zu lassen und wieder einmal später als die deutschen Generale aufgestanden zu sein. Natürlich werden nun auch hier sofort die zur Neubeschaffung von Kanonen nöthigen Gelder flüssig gemacht werden, da selbstverständlich die Regierung erklären wird, ebenso gut wie Deutschland längst im Besitz eines Kanonenmodells zu sein, das man nicht verfehlen wird, als dem deutschen „noch überlegen" hinzustellen. Wie von mir bereits seit Monaten gemeldet worden ist, hat der Kriegsminister thatsächlich ein solches neues sogenanntes Schnellfeuergeschütz bereits auf Lager."

Der „Hamburgische Correspondent", der gewiß nicht im Rufe der „Vaterlandslosigkeit" steht, giebt mit diesen Ausführungen zu, daß in der Geschützfrage Deutschland derjenige Theil gewesen ist, welcher zuerst wieder „die Schraube ohne Ende" tiefer zu bohren begonnen hat.

— Der Wandsbecker Leist kommt seinem großen Vorbild näher, als man bisher geglaubt hat. Das „Wandsbecker Stadtblatt" schreibt: Das jetzt in der Bevölkerung auftretende Gerücht, daß Herrn Schow's „erzieherische" Thätigkeit sich auch auf Mitglieder des zarten Geschlechts erstreckt haben soll, verzeichnen wir nur der Vollständigkeit wegen, bemerken aber, daß wir bestimmte Anhaltspunkte zur Feststellung eines solchen Falles haben. — Der Regierungspräsident theilte den städtischen Collegien mit, er habe das Disciplinarverfahren gegen den Stadtrath Schow verfügt, sowie ihn von seinem Amt als Polizeiverwalter und Magistratsmitglied suspendirt.

Oesterreich-Ungarn.

Amnestirt. Der im Omladinaproceß in Prag vom Jahre 1894 wegen Hochverrath, Majestätsbeleidigung, Aufstörung, Geheimbündelei und Betrug (Verleitung seiner Eltern zu falschem Zeugniß) zu acht Jahren schweren Kerkers verurtheilte 17jährige Tischlergeselle Johann Sieglofer, dessen Notizbuch bei dem Proceß das Hauptmaterial zur Anklage gegen zahlreiche Beschuldigte lieferte, wurde gestern in Folge Amnestie aus der Karthauser Strafanstalt entlassen.

Ein rebellischer Gemeinderath. Der Grazer Gemeinderath beschloß die Mitbetheiligung an der Wohlfahrtsausstellung aus Anlaß des Kaiserjubiläums 1898 in Wien, da Graf Badeni, unter dessen Regierung die Sprachenverordnungen erlassen wurden, als Vorsteher an der Spitze der Ausstellung steht. — Wird Herr Badeni ärgern!

Italien.

Der Feldzug des „Secolo" gegen die Verbrechen der Polizei in dem Falle Frezzi ist von Erfolg gekrönt worden. Der „Secolo" ist in der Lage, einen Brief zu veröffentlichen, der ein Schreiben anonym an den Chef der Polizei gerichtet hat. In diesem Schreiben werden jene in Polizeilichen Dienst stehenden Personen, welche direkt des Mordes schuldig sind, der Hergang mit Frezzi geschildert: Frezzi ist auf jedem Wege mit zwei Menschen zusammen in eine Falle gegangen worden, um ihn dazu zu veranlassen, über das Attentat gegen den König und seine angebliche Betheiligung an demselben sich zu äußern. Frezzi, der als Socialdemokrat von der bürgerlichen Presse und dem officiösen Telegraph wie er behauptet, als Anarchist hingestellt) provizirte mit dem Wunsch, sich zu rächen, konnte auch nicht gehen. Dafür wurde er von den Gendarmen mißhandelt. Einer derselben erklärte in Frezzi denjenigen wieder, auf dessen Beschreibung hin er (der Gendarm) vor Jahren wegen Verdachts im Auftrag eines Spitzels verhaftet worden. Die andern Personen mahnten Rache hierfür und mißhandelten den unglücklichen Frezzi so, daß, gänzlich wehrlos ihren Wütheien ausgesetzt, er starb. Um einen Selbstmord glaublich zu machen, hängten sie seine Leiche von einem Balken herab. Eine nochmalige Untersuchung der Leiche seitens 3 medizinischen Autoritäten ergab dann auch das Resultat, daß 4 oder 5 Leute jahrelang zusammenlebten, daß Frezzi gern oder wieder ist.

Wie mit Recht mitgetheilt hat die Regierung eine Untersuchung gegen die Schuldigen eingeleitet und vier Polizisten verhaftet lassen.

Frankreich.

Tom Mann, der Generalsekretär des englischen Hafenarbeiterverbandes, wurde nicht nach aus der französischen Ausgewiesenen ausgewiesen, und zwar noch ehe den Mund öffentlich erhoben hatte. Zuerst wurde die Versammlung in der Bourse du Travail, wo er sprechen sollte, von gutgesinnten Gesellen besetzt. Das vom Präfekten ausgesprochene Verbot ist unerhört, indem die Verfügung über das Local der Arbeitsbörse einem besonderen Ausschuß zusteht, der aus Vertretern der Gewerkschaften, der Pariser Gemeinderäthe und der Lokalmieter zusammengesetzt ist. Der Ausschuß war aber nicht einmal befragt worden. Die zur Versammlung gekommenen Arbeiter besetzten das Gebäude der Arbeitsbörse von Polizisten umzingelt . . . Es fand aber dennoch am gleichen Abend in einem anderen Local eine Protestversammlung statt, in welcher der Polizei- und Gewaltregierung mit nachdrücklichen Worten gedroht wurde. In einer letzten Resolution wurde „der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Tom Mann und Sanderson in den Kerker gemaßregelt".

eine weitere Resolution erklärt, daß „trotz des internationalen Uebereinkommens der Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Englands und der übrigen Länder, es den Arbeitern aller Länder gelingen wird, sich zu vereinigen und zu verständigen, um über den Capitalismus zu siegen." Der Willküract wird im Pariser Gemeinderath zur Sprache kommen.

Afrika.

Eine Culturmission nach dem System unserer Colonialhelden Leist, Wehlan, Peters und Genossen scheint der Congostaat zu betreiben. Am Dienstag Abend hat in London unter dem Vorsitz Dilkes ein Meeting der Gesellschaft zum Schutze der eingeborenen Afrikaner gegen die Europäer bei verschlossenen Thüren stattgefunden. Es waren nur diejenigen Journalisten eingeladen, welche sich verpflichteten, die Namen der Redner nicht zu nennen. Als Redner traten mehrere Missionare auf und behaupteten, Augenzeugen von den gräßlichsten Scenen gewesen zu sein. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher man erklärt, es sei die höchste Zeit, daß die Großmächte zu einer internationalen Conferenz zusammentreten, um die Berliner Congo-Acten zu revidiren. Die Londoner Blätter veröffentlichen ferner ein sensationelles Interview eines Journalisten mit dem Missionar Sjoblom von der amerikanischen Baptistenmission, der vom Congo zurückgekehrt ist und das System der Congo-Regierung als Diebstahl, Plünderung und Mord bezeichnet.

Asien.

Als die Engländer mit ihrer Fabrikindustrie begannen, mußten sie Sträflinge und allerlei minderwerthiges Volk anwerben. Wer halbwegs sein Brot anders verdienen konnte, sträubte sich gegen die greuliche Fabrikarbeit. Und wo gesund empfindende Völker heute zur Fabrikindustrie übergehen, ist dieselbe Abneigung da. So jetzt in Japan. Die japanischen niedrigen Klassen führten bisher ein höchst sorgenloses Leben. Die Einführung der Fabriken hat Einschließung, eintönige Arbeit, lange Arbeitszeit, aber keine Steigerung der niedrigen Löhne mit sich gebracht. Daher kommt es, daß die japanischen Fabrikanten die nöthigen Arbeitskräfte schwer finden. Schon gehen die Fabrikanten auf das Land, um Arbeiter anzuwerben. Aber die japanischen Eltern wollen lieber ihre Kinder in ihrer Armuth auf dem Lande bei sich sehen, als sie den zweifelhaften Vortheilen des Fabriklebens anzuvertrauen. Die japanischen Fabrikanten haben schon Verbände gegründet, um die Löhne auf ihrem gegenwärtigen niedrigen Stand zu erhalten. Ein gewisser Fabrikant wollte nicht in den Verband eintreten und bemühte sich, seine Arbeiter besser zu behandeln. Darauf wurde er von dem gesammten Verbande geboykottet. Die höchsten Löhne erhalten in Japan Schneider, die europäische Kleider machen. Diese verdienen etwa 2 Mk. den Tag. Ein gewöhnlicher Schneider erhält in Japan nur 70 Pf. Steinmetzen bekommen 80 Pfennig, Drucker 60 Pfennig, Setzer 70 Pfennig, Schmiede auch 70 Pfennig und Färber 60 Pfennig. Die Löhne der landwirthschaftlichen Arbeiter aber sind noch niedriger. Männer verdienen 40 Pfg. und Frauen 30 Pfg. den Tag. Ein Capitalisten-Paradies.

Arbeiterbewegung.

Die Gewerbegerichts-Beisitzer des Gewerbegerichts Berlin beschlossen einstimmig nach einem einleitenden Referat des Reichstags-Abgeordneten Tutzauer über: „Die Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Gewerbegerichte gegenüber den Innungsgerichten", an den Reichstag eine Petition zu richten.

In derselben sollen folgende Forderungen aufgestellt werden: 1. Der Entwurf, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung, enthält in seinen Vorschriften über die Errichtung von Innungs-Schiedsgerichten Bestimmungen, welche die Rechtsprechung in den aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag entspringenden Streitigkeiten und die Ausbildung des Arbeitsvertragsrechts, sowie die Entwicklung der Einigungsämter in erheblicher Weise gefährden. Außerdem bieten die zu schaffenden Innungs-Schiedsgerichte nicht einmal die Bürgschaft der Unparteilichkeit, da ja der Vorsitzende selbst Arbeitgeber sein kann und nicht selten sein wird. Für die Gewerbegerichte blieben dann nur die Streitigkeiten der Großindustrie. 2. Die endgiltige Entscheidung in Lehrlingsstreitigkeiten im Fall der Klage gegen den Vorentscheid der Innungsbehörde ist nicht durch die Amtsgerichte beziehungsweise Landgerichte, sondern durch die Gewerbegerichte gefällt werden. 3. Dem § 84 des Entwurfs der Innungsvorlage, welcher die Fälle aufzählt, in denen einem Innungsstatut die Genehmigung zu versagen ist, hinzuzufügen als Absatz 4: Wenn das Innungsstatut ein Innungs-Schiedsgericht vorsieht für Streitigkeiten, für welche ein bestehendes Gewerbegericht zuständig ist. Alle Gewerbegerichte Deutschlands sollen aufgefordert werden, sich dieser Petition anzuschließen.

Die vorstehenden Forderungen decken sich im Wesentlichen mit denen, die auch von Seiten des Ausschusses des Verbandes deutscher Gewerbegerichts-Vorsitzender aufgestellt worden sind.

Die Arbeiter der Holz-, Masse- und Meerschaumpfeifenbeschläge-Branche in Wien haben ohne Streik den Neunstundentag, 10 fl. Minimallohn und die Abschaffung der Accordarbeit errungen. Die organisirten Pfeifenbeschläger der Schemnitzer Branche hatten die gleichen Forderungen vorher durch Arbeitsniederlegung durchgesetzt.

Holzarbeiter. Die Tischler in Rostock haben die Arbeit niedergelegt.

Der Streik der Kisten- und Koffermacher in Leipzig ist als beendet anzusehen, da die Arbeitgeber die Zusicherung geben, sofort eine Aufbesserung um 5 bis 10 Procent eintreten lassen.

Maurer. In Mühlhausen i. Th. streiken seit dem 14. Mai die Maurer. Ein Bauunternehmer hat die Forderungen (10stündige Arbeitszeit und 32 Pfg. Stundenlohn) bereits bewilligt.

Schuhmacher. In Mühlhausen i. Th. haben sämmtliche Arbeiter der Schuhfabrik von Müller und Schreiber am 17. Mai die Arbeit eingestellt, da die Zurücknahme der am Sonnabend erfolgten Kündigung der Accordarbeiter verweigert worden ist.

Steinsetzer. In Hannover haben die Steinsetzer am 15. Mai die Arbeit eingestellt.

Kleine Rundschau.

In der Gondel seines Luftschiffes wurde der Assistent des meteorologischen Institut, Professor Berson von Berlin, zu einem Versuchsballon aufgestiegen und in der Nähe von Torgau, Kl.-Gansen bei Stolp i. P. gelandet war, bewußtlos gefunden. Nachdem der kühne Luftschiffer mit Hilfe der beiden Landbevölkerung wieder zu sich gekommen war, begab er sich nach der nahe gelegenen Bahnstation Mutzrin, von wo er, nachdem der Ballon verladen, wieder nach Berlin zurückkehrte. Ballon hatte die ungewöhnliche Höhe von 6000 Metern erreicht, die größte Kälte 39 Grad Reaumur betrug.

Königsberg i. Pr., 18. Mai. Bei einer Rauferei in einer Gastwirthschaft auf der Lastadie zwischen vier Schutzleuten und Hafenarbeitern spaltete nach der „Volkstribüne" ein Schutzmann einem Arbeiter den Schädel. Der Schwerverletzte ist gestorben.

Der leichtfertige Schütze, der den Gefreiten Walter in Königsberg angeschossen hat, ist als der Sohn des Milchfahrers Janz ermittelt und verhaftet worden.

Ein Selbstmord aus Furcht vor Strafe. Aus Rostock wird geschrieben: Am Freitag vor acht Tagen erschoß sich hier der 22jährige Student der Philologie Hugo Neumann aus Schwerin aus zunächst unbekannten Gründen. Jetzt ist das Dunkel gelichtet. Vor etwa 1½ Jahren hatte der hochbegabte junge Mann eine Broschüre verfaßt, in welcher er die heutige Gesellschaft in etwas freier Sprache behandelte. Die Broschüre erschien kürzlich in Breslau, fand aber auch bald das Interesse der dortigen Staatsanwaltschaft. Diese ließ sie confisciren, und wollte auch gegen den Verfasser vorgehen. Um nun den ihm drohenden Weiterungen aus dem Wege zu gehen, hat der junge Mann den Tod gesucht und auch gefunden. — Wenn Jeder, der wegen Beleidigung durch die Presse in Untersuchung gezogen wird, deswegen Selbstmord begehen wollte, so würde die Selbstmordziffer bald ins Ungemessene steigen.

Im Nordostseekanal wurde der Ewer „Johannes", aus Hamburg kommend, bei Kilometer 86 von dem Dampfer „Mimi" aus Kiel, der in Folge kurz vorher erlittenen Bruchs der Steuerkette manöverirunfähig geworden war, angerannt und leck geworden. Der Ewer ist, nachdem er von der Besatzung verlassen war, im Kanal gesunken. Er liegt gegen 20 Meter vom Ufer aufrecht, so daß der Kanalverkehr nicht gestört ist.

Eine gefallene Größe. Der Schleppdampfer einer großen Mainzer Rhederei trug bisher den Namen des aus dem Reichsdienst entlassenen „Afrikahelden" Karl Peters. Nach dem Urtheilsspruch des Berliner Gerichts ist jedoch der Dampfer in „Christine" umgetauft worden.

Elberfeld, 18. Mai. Auf den Elberfelder Farbenfabriken verunglückten durch Einathmung giftiger Dämpfe geplatzter entzündeter Säureballons sieben Feuerwehrleute der Fabrikwehr. Einer von ihnen ist todt, drei andere schweben in Lebensgefahr.

Dresden, 18. Mai. Der von der sächsischen Militairverwaltung gegen die socialdemokratischen Journalisten Schulze und Reichard angestrengte Prozeß endete in der heutigen Verhandlung mit der Verurtheilung Beider. Schulze wurde zu zehn Monaten und Reichard zu einem Jahr Gefängniß wegen Beleidigung von Militairbeamten verurtheilt. Beide wurden sofort in Haft genommen.

Eine Idylle. Wo fährt man am billigsten? Antwort: Mit der electrischen Straßenbahn in Ulm, denn da kostet's gar nichts! Die Regierung hat die Tarifsätze 2c. bis jetzt noch nicht genehmigt, und weil sich die Stadtväter Ulms nicht mehr länger necken lassen wollten, und damit sich die „Leutle besser d'ran g'wöhnen", läßt man Groß und Klein seit vierzehn Tagen gratis spazieren fahren.

Franz Wirth, einer der eifrigsten Führer der Friedensagitation, ist in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag in Frankfurt im Alter von 71 Jahren gestorben.

Zwei der kostbarsten Gemälde wurden am Montag in Wien in der berühmten Galerie des Grafen Czernin während der allgemeinen Besuchsstunden gestohlen und durch Oeldruckbilder ersetzt. Der Polizei gelang es auf Grund von Personbeschreibung, des mutmaßlichen Thäters habhaft zu werden, als er die Bilder verkaufen wollte. Er nannte sich Johann von Nadvanyi und gab an, aus Budapest eingetroffen zu sein. Die Polizei ermittelte, daß er früher unter dem Namen Nagy in Wien wohnte, daß aber beide Namen falsch seien. Der Dieb dürfte auch andere Bilderdiebstähle in Wien, Budapest, München, Hamburg und anderen Städten vollführt haben.

In Trapani auf Sicilien hat Sonnabend ein Erdbeben stattgefunden.

London, 18. Mai. Der deutsche Dampfer „Arcadia", der von Montreal mit allgemeiner Fracht und 25 Passagieren abgefahren, strandete am Sonntag bei Cap Ray (Insel Neufundland). Die Passagiere sind gerettet.

Im Zuchthause von Dartmoor starb in dieser Woche der Einbrecher David Griffin. Von den 66 Jahren seines Lebens hat er 46 Jahre im Gefängniß zugebracht. Von Geburt war Griffin ein Irländer. Griffin soll der Erfinder der Geberdensprache der englischen Sträflinge sein.

Andree fährt in diesen Tagen wieder nach Spitzbergen. Er hofft Tromsö am 24. Mai zu erreichen und Spitzbergen am 1. Juni. Die Vorbereitungen zum Aufstieg des Ballons könnten dann am 20. Juni beendet sein, also fünf Wochen früher als im vorigen Jahre. Diesmal soll der Brieftaubendienst besser organisirt und in Tromsö eine Station errichtet, wo die Thiere trainirt werden.

Durch eine Reihe von Frauenmorden ist in der letzten Zeit die Stadt New-York in Schrecken versetzt worden. Die Opfer trugen sämmtlich Juwelen, so daß kein Zweifel besteht, daß Raubmorde vorliegen. Die Verbrecher folgten den Frauen in ihre Zimmer, wo sie sie mit einem kurzen Strick erdrosselten. Die Morde sind in verschiedenen Theilen der Stadt verübt worden. Freitag Morgen erscholl das Geschrei einer Frau aus dem oberen Stockwerk eines billigen Logirhauses. Einer der Vorübergehenden hörte es und stand still, als plötzlich das Fenster eingeschlagen und der Ruf „Mord" erscholl. Bald nachher stürzten zwei Männer aus der Eingangsthüre des Hauses und flohen nach verschiedenen Richtungen. Einer wurde von einem Polizisten angehalten und der andere auch bald verhaftet. Als die Polizei in das Zimmer der Frau drang, fand sie eine Flasche Chloroform neben dem Bette stehen und auf dem Fußboden den kurzen, zu eigenartigem Knoten gedrehten Strick liegen, der auch bei früheren Frauenmorden angewandt worden war. Die Frau war sehr stark und konnte sich deshalb ihrer Mörder erwehren, bis ihre Hilferufe sie wegscheuchten. Die Verhafteten erzählen verschiedene Geschichten. Der Polizei sind sie als berüchtigte Gesellen bekannt.

Locale Rundschau.

Breslau, den 19. Mai 1897.

* Die Ausnützung weiblicher Arbeitskräfte auf dem Lande wird durch nachstehendes Inserat des „Ratiborer Anzeiger" grell beleuchtet:

Gesucht zum 1. Juli für einen kleinen Haushalt auf dem Lande ein einfaches, tüchtiges, bescheidenes Mädchen, welches sich willig jeder Arbeit unterzieht. Dasselbe muß gut kochen, waschen, plätten, backen und einmachen können, muß das Melken einer Kuh besorgen, den Milchertrag davon zu Butter und Käse verarbeiten können, sich der Aufzucht von Geflügel und einigen Schweinen widmen, sauber im Zimmer-Aufräumen sein und in freien (!) Stunden dem Gärtner im Garten helfen. Bei sehr arbeitsreichen Tagen wird Hilfe gehalten. Gehalt bis 55 Thaler pro anno. Zeugnißabschriften erbeten. Offert. unter **E. F. 1374** an die Geschäftsstelle des „Ratib. Anz." erbeten.

Wie bescheiden sind doch die Ansprüche, welche in diesen wenigen Zeilen gestellt werden. Das Mädchen muß alles verstehen, ein wahres Universalgenie sein und schließlich bestens dafür danken, wenn es im günstigsten Falle mit 55 Thalern jährlich abgespeist wird. Solche Arbeiterinnen können unsere Agrarier gebrauchen. Zum großen Leidwesen dieser edlen Herren giebt es in Oberschlesien recht wenig solch „einfacher, tüchtiger, bescheidener Mädchen", die sich bei geringem Lohne „willig jeder Arbeit unterziehen". Die meisten der Landarbeiterinnen im dunkelsten Theile unserer Provinz kehren der Heimath den Rücken, um in anderen Gegenden Deutschlands bei besserer Behandlung ihre Arbeitskraft theurer zu verkaufen.

* Die Versammlung der ausgesperrten Tischler, die heut Vormittag um 10 Uhr im großen Saale des Schießwerder tagte, nahm zunächst einen Bericht des Obmanns der Lohncommission, Collegen Gießmann, über die Lohnbewegung der Tischler entgegen. Nach weiteren Ausführungen der Collegen Langner und Bergmann über den Stand der Aussperrung and das Vorgehen der Herren Arbeitgeber, insbesondere des Herrn Kimbel, gelangten zwei Resolutionen zur Annahme. Die eine derselbe lautet:

„Die am 19. Mai im großen Schießwerdersaale tagende öffentliche Tischler-Versammlung ist mit dem bisherigen Vorgehen der Lohncommission einverstanden und überträgt derselben die eventuellen gewünschten Verhandlungen mit den Herren Arbeitgebern."

Vorläufig sollen die Collegen in den Werkstätten, in denen keine Aussperrung erfolgte, ruhig verbleiben, bis sich die Situation geklärt hat. Ausführlicher Bericht in nächster Nummer.

* **In dem Proceß gegen Genossin Geiser** wegen Beleidigung des Polizeicommissarius Leder hatte die Staatsanwaltschaft bekanntlich gegen das Berufungsurtheil der Strafkammer des Landgerichts Revision eingelegt, und es fand nun am 11. Mai d. J. vor dem Strafsenat des hiesigen Oberlandesgerichts die Hauptverhandlung in dieser Angelegenheit statt, in der die Revision verworfen wurde, so daß Genossin Geiser nunmehr endgiltig freigesprochen und Commissarius Leder mit seiner Beleidigungsklage, die anfänglich gar auf verleumderische Beleidigung gelautet hatte, gleichfalls endgiltig abgewiesen ist. — Noch eine andere Revisionsangelegenheit, die sich auf den Genossen Geiser bezog, hatte das Oberlandesgericht an demselben Tage zu erledigen. Derselbe war wegen Anstiftung zum Gewerbepolizeivergehen, das in der Verbreitung der „Volkswacht" am Sonntag bestehen sollte, und von dem Goldschläger Binder in der Kornemann'schen Restauration begangen sein sollte, vom Schöffengericht freigesprochen, von der Strafkammer des Landgerichts aber unter der Annahme, daß es sich nicht um eine Anstiftung, sondern vielmehr um Beihilfe zur Verbreitung der „Volkswacht" handelte, zu 100 Mark Strafe verurtheilt worden. Die dagegen eingelegte Revision hat nunmehr das Oberlandesgericht ebenfalls zurückgewiesen, so daß es in diesem Falle bei der Verurtheilung sein Bewenden hat.

* **Der Stadtverordneten-Versammlung** ist ein Dringlichkeitsantrag zugegangen, wonach sie beschließen soll, mehrere dem Rittergutsbesitzer Mahlich und den Kaufmann Friedenthal'schen Erben gehörige, insgesammt 23090 Quadratmeter umfassende, in der Nicolaivorstadt nächst der Kreuzung der Berliner Chaussee und der Posener Eisenbahn gelegene Feldgrundstücke für einem Gesammtpreis von 90 000 Mark anzukaufen. Der Ankauf dieses Areals wird Seitens des Magistrates mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit begründet, im Westen der Stadt einen Bauplatz für eine große Volksschule und für ein Marstalldepot zu erwerben.

* **Der Unfall auf dem Neubau in der Vinzenzstraße,** bei welchem ein Arbeiter sein Leben einbüßte, hatte am Sonnabend ein gerichtliches Nachspiel vor der ersten Strafkammer des Breslauer Landgerichts. Ueber den bemerkenswerthen Verlauf der Verhandlung wird berichtet:

Am 27. October v. J. wollte auf dem Neubau Vincenzstraße 9 ein Stukkateur sich einen Rüstbock nach dem vierten Stockwerk hinaufbringen und bat den Bauarbeiter Ulbrich, ihm dabei zu helfen. Beide Männer trugen nun den Rüstbock auf der breiten eisernen Treppe hinauf, die aber noch mit keinerlei Geländer versehen war und zu deren beiden Seiten ein tiefer Schacht gähnte. Unterweas trat Ulbrich fehl, stürzte von der Treppe in den Schacht hinab und fiel so unglücklich auf, daß er einen Schädelbruch erlitt, der ihm den baldigen Tod brachte. Für den Unglücksfall wurde der Maurermeister Robert Burghardt verantwortlich gemacht, und heute hatte er sich wegen fahrlässiger Tödtung vor der ersten Strafkammer zu verantworten. Die Anklage warf ihm vor, durch Unterlassung nothwendiger Sicherungsmaßregeln — Anbringung eines provisorischen Geländers oder Ueberdeckung des Schachtes — den Unfall verschuldet zu haben, und gründete seine Haftbarkeit hierfür auf den Umstand, daß Burghardt die Bauzeichnung als verantwortlicher Techniker unterzeichnet und in dem mit dem Bauherrn abgeschlossenen Vertrage, durch welchen er die Ausführung der Maurerarbeiten übernommen hatte, wiederholt als „der bauleitende Maurermeister" bezeichnet worden war. Der Angeklagte wandte ein, daß er durch die Unterzeichnung der Bauzeichnung nicht mehr Verantwortlichkeit übernommen habe, als die Breslauer Baupolizeiordnung selbst dem leitenden Techniker aufbürde, indem sie bestimme: „Die Bauzeichnung muß vom Bauherrn und dem den Bau verantwortlich leitenden Techniker unterschrieben sein; dieselben übernehmen hierdurch die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Schriftstücke und der Zeichnung." Eine generelle Verantwortlichkeit könne man ihm auch schon deshalb nicht auferlegen, weil der Bauherr, der Schlossermeister Alfons Sommer, selbstständig mit allen an dem Bau betheiligten Handwerksmeistern contrahirt und dabei ihm eben nur die Maurerarbeiten übertragen habe; die eiserne Treppe sei von dem Bauherrn selbst aufgeführt worden. — Von den vernommenen Bausachverständigen war der königliche Baurath Töbe der Ansicht, daß der Angeklagte verpflichtet gewesen sei, für die Erfüllung der generellen baupolizeilichen Vorschriften, also auch für die Abdeckung oder seitliche Absperrung von Vertiefungen neben der Treppe zu sorgen. Das ergebe sich, wenn auch die Auffassung der Baupolizeiordnung Zweifel zulasse, doch aus dem abgeschlossenen Vertrage. Uebrigens seien jetzt beim Polizeipräsidium Verhandlungen wegen einer anderweiten Fassung des betreffenden Paragraphen im Gange, durch welche fortan der generell verantwortliche Bauleiter bestimmter bezeichnet werden solle. Stadtbauinspector Keßler und Maurermeister und Stadtverordneter Simon gaben ihr Gutachten dahin ab, daß im vorliegenden Falle der Bauherr selbst der verantwortliche Bauleiter gewesen sei. Der Gerichtshof ging davon aus, daß der Angeklagte hier lediglich als Maurermeister in Frage komme und demgemäß nur für die Maurerarbeiten verantwortlich gewesen sei. Daß er eine generelle Verantwortung zu tragen gehabt hätte, ergebe weder die Baupolizeiordnung, welche überhaupt nicht darüber bestimme, noch auch der in dieser Hinsicht unklare Vertrag, und da das Unglück nur auf die Unterlassung genereller Sicherungsmaßregeln zurückzuführen sei, habe der Angeklagte freigesprochen werden müssen. Der mit einer Freisprechung endende Proceß zeigt wieder einmal recht deutlich die schreienden Mißstände im Baugewerke.

* **Unglücksfälle. — Arbeiterrisiko.** Einem Arbeiter fiel ein Balken auf den Kopf, sodaß der Mann eine schwere Verletzung am Hinterkopfe erlitt; ein Schüler von der Kätzelohle trat mit dem rechten Fuß in Glasscherben und verletzte sich erheblich; ein Arbeiter gerieth mit der linken Hand in eine Kreissäge, wobei ihm der Daumen zerquetscht wurde. Diese Verunglückten suchten im Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder Hilfe nach. — In der Waggonfabrik von Hoffmann auf der Holteistraße verunglückte der Lackirer Retzke durch Absturz von einem Gerüst auf so schwere Weise, daß er besinnungslos dem Allerheiligen-Hospital zugeführt werden mußte; Retzke erlitt bedeutende innere Verletzungen.

* **Hochwasser.** Das Wasser der Oder wächst langsam weiter und ergießt sich bereits bei Tschechnitz in die Ohle. Die an die Oder- und Ohle-Niederungen angrenzenden Wiesen und Felder sind überfluthet. Die Fahrstraße zwischen Virscham und Neuhaus steht unter Wasser, so daß der Fuhrwerksverkehr mit Schwierigkeiten verbunden ist. Die Straße nach Zedlitz und der dortige Fußweg sind dagegen wasserfrei. Der Margarethendamm ist nunmehr vollständig überfluthet. Das Wasser der Ohle ergießt sich auf die Hollandwiese. Die Fähre nach dem Zoologischen Garten ist im Betriebe, mußte aber wegen des Hochwassers nach der Schleuse an der Zedlitzer Straße verlegt werden.

* **Auffinden einer Todten.** Da die in dem Hause Neue Weltgasse 20 wohnende verwittwete Arbeiterfrau Auguste B. seit mehreren Tagen nicht mehr von den Hausbewohnern gesehen worden war, wurde am 16. d. M., Abends, die Wohnung auf Veranlassung eines Schutzmanns durch einen Schlosser geöffnet. Die Vermißte lag entkleidet in ihrem Bett und war verschieden. Ein Arzt stellte einen natürlichen Tod fest.

* **In der Ermittelungssache wegen Kindesmordes** gegen das verhaftete Mädchen Auguste Winkler, genannt Hagedorn, hat am 16. d. Mts. in dem Grundstück Gräbschenerstraße 104, wo das Mädchen mit seiner Adoptivmutter gewohnt hat, eine Haussuchung stattgefunden, um über den Verbleib einer noch nicht ermittelten Kindesleiche Sicherheit zu erlangen. Hierbei wurde in einem Bodenraume, in einem Koffer verpackt, die bereits stark in Verwesung übergegangene Leiche eines neugeborenen Mädchens gefunden. Die Untersuchung wird ergeben, ob die durch das Mädchen beseitigten Kinder wirklich nach der Geburt eines natürlichen Todes gestorben sind oder ob der Tod durch gewaltsame Einwirkung herbeigeführt worden ist. Das Mädchen hat sich, wie schon festgestellt wurde, auch einer Urkundenfälschung schuldig gemacht, indem es einen standesamtlichen Schein, den es für ein im Jahre 1892 wirklich eines natürlichen Todes gestorbenes Kind erhalten hat, in der Weise fälschte, daß das Mädchen Radirungen an der Jahreszahl vornahm.

* **Zusammenstoß.** Auf dem Ringe stieß gestern Nachmittag ein Biertransportwagen mit einem ihm entgegenkommenden Pferdebahnwagen so heftig zusammen, daß bei letzterem das Trittbrett losgerissen wurde und von dem Bierwagen ein Kasten mit 24 Flaschen Bier herabfiel.

* **Selbstmordversuch.** Am 17. d. Mts., Mittags, sprang ein Mann, dem Vernehmen nach ein Fuhrwerksbesitzer von der Paulstraße, an der Lessingbrücke in die Oder, wurde aber durch Angestellte der Rhederei vereinigter Schiffer gerettet.

* **Straßenraub.** In der Nacht zum 16. d. Mts. wurde auf der Verl. Sadowastraße eine Bahnmeistersfrau von einem unbekannten Mann angefallen, der ihr einen Faustschlag ins Gesicht versetzte und ihr den Regenschirm entriß.

Provinzielle Rundschau.

Rittergutsbesitzer und Kleinbauern. Ueber einen recht interessanten Proceß, welcher dieser Tage vor dem Bezirksausschuß in Liegnitz zur Verhandlung kam, wird Folgendes berichtet: Rittergutsbesitzer Graf Strachwitz zu Groß-Reichenau, Kreis Sagan, klagte wider den Gemeindevorstand zu Groß-Reichenau und den Amtsvorsteher in Cosel, Kreis Sagan, wegen Wiedererstattung von Brücken-Reparaturkosten. Es handelte sich um die Reparatur von drei Brücken im Bezirke der Gemeinde Groß-Reichenau. Nach einem bestehenden sogen. Urbarium hat der Gutsbesitzer das Holz für dergleichen Anlagen zu liefern, während die Bauern die Fuhren und die kleinen Leute die Handdienste zu leisten haben. Bezüglich der einen Brücke behauptete nun Graf Strachwitz, dieselbe sei erst nach Errichtung des Urbariums entstanden, das Urbarium könne also auf dieselbe keine Anwendung finden; betreffs einer anderen Brücke wurde eingewendet, dieselbe befinde sich auf einem nichtöffentlichen Wege; auch bezüglich der dritten Brücke wurde die Verpflichtung zur Holzlieferung bestritten, so daß nun auf Anweisung des Amtsvorstehers die Gemeinde die Brücken herstellen ließ und die verauslagten Kosten im Betrage von **36 Mk.** gegen Graf Strachwitz einklagte. Der Kreisausschuß in Sagan verurtheilte auch Graf Strachwitz zur Erstattung von 36 Mark. Hiergegen legte derselbe Berufung ein und wendete auch ein, daß die Kosten zu hoch seien. Ein Sachverständiger hat denn auch den Kostenpunkt für das zu den Reparaturen der Brücken verwendete Holz auf nur **32,72 Mk.** berechnet. Dementsprechend ermäßigte die Gemeinde Groß-Reichenau ihren Klageanspruch. Der Bezirksausschuß verurtheilte nun nach dem Ergebniß der Beweisaufnahme den Grafen Strachwitz, der Gemeinde Groß-Reichenau **32,72 Mk.** zu erstatten. — Nun muß der Herr Graf doch noch die Reparaturkosten in Höhe von 32,72 Mk. bezahlen.

§ **Liegnitz,** 17. Mai. Gewerbegerichtswahl. In der am Sonntag, den 16. Mai, stattgefundenen Beisitzer-Wahl zum Gewerbegericht wurden die von Seiten der freien Gewerkschaften aufgestellten Candidaten sämmtlich gewählt und zwar die Genossen Heinrich Ulber, Friedrich Richter, Reinhold Peters, Ernst Jäkel, Herman Martin auf die Dauer von 6 Jahren mit 503 Stimmen, die Genossen Robert Eschrich und Hermann Seibt mit ebenfalls je 503 Stimmen auf die Dauer von 3 Jahren. Außerdem wurde Genosse Hugo Lachnitt mit 499 Stimmen gewählt, doch ist diese Wahl noch unentschieden, da es fraglich ist, ob die Wahl des Betreffenden vom Magistrat als gültig erklärt werden wird, weil Genosse Lachnitt an Stelle des laut Ortsstatut zu wählenden Fleischers als Candidat aufgestellt worden ist, doch kein Fleischer, der eine Wahl annehmen würde, ausfindig gemacht werden konnte. Sollte die Wahl für ungiltig erklärt und dafür uns ein Fleischer als Candidat zur Wahl aufgedrungen werden, so wäre es jedenfalls das Einfachste, daß bei einer eventuellen Neuwahl sich jeder Wähler der Stimme enthält, dies ist um so mehr berechtigt, als die Arbeitgeber durchaus nicht gezwungen, einen Fleischermeister zu wählen. Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Die Wahlbetheiligung war diesmal eine etwas schwächere, weil die Gewerkvereinler sich von vornherein in den Schmollwinkel zurückgezogen hatten in dem Bewußtsein, mit einer eigenen Candidaten-Liste nicht durchdringen zu können. Im Ganzen wurden 4020 Stimmen abgegeben. — An der heutigen Wahl von 8 Beisitzern aus der Zahl der Arbeitgeber betheiligten sich 15 Personen. Es sind gewählt auf 6 Jahre die Herren: Fabrikbesitzer Entel, Zimmermeister Schüller, Schneidermeister Seidel, Architect Derlin, Drechslermeister Groß, Fabrikbesitzer Schöffer; auf 3 Jahre die Herren Pianofortefabrikant Johannes Seiler, Ofenbaumeister Herrmann.

× **Liegnitz,** 18. Mai. Gewerbegericht. Der Tischlergeselle Tietze hatte im Accord 4 Thüren herzustellen. Als sich bei der Zeichnung ein Fehler vorfand, machte Tietze seinen Meister, den Tischlermeister Tillner, auf diesen Fehler aufmerksam, worauf der Meister den Gesellen beauftragte, die Aenderung an den Thüren vorzunehmen. Der Geselle forderte dafür natürlich eine Entschädigung, die ihm aber der Meister verweigerte, weshalb ersterer die Arbeit niederlegte. Nun verklagte der Meister den Gesellen auf Fertigstellung der Accordarbeit. Es kam zu einem Vergleich, wodurch Tietze in sein Arbeitsverhältniß wieder zurückkehrte. — Der Streik der Bauhandwerker hatte für diejenigen Maurer resp. Zimmerer, welche die Arbeit niederlegten, trotzdem sie schriftlichen Vertrag eingegangen waren, ein Nachspiel vor dem Gewerbegericht in verschiedenen Terminen. Einige Arbeitgeber klagten nämlich gegen dieselben auf Fertigstellung der Accordarbeit und zwar mit Erfolg, da das Gewerbegericht dem Klageantrag gemäß entschied gegen diejenigen Beklagten, welche es auf ein Urtheil ankommen ließen, während einige sich auf freiwillige Fertigstellung der Accordarbeit einigten. Von Seiten der Arbeitnehmer-Beisitzer wurde bei dieser Rechtsprechung auf Anwendung des § 152 der Gewerbeordnung hingewiesen, doch hatten sie hiermit kein Glück. Es sei hier dieser Paragraph hiermit zur Kenntniß gebracht. § 152 der Gewerbe-Ordnung lautet wörtlich: „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben. Jedem Theilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt."

Hirschberg, 17. Mai. Wegen Sittlichkeitsvergehens verurtheilte das hiesige Landgericht den Lehrer und Cantor Dagobert Süßenbach aus Ober-Baumgarten zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängniß. Der Angeklagte hat im Sommer v. J., im Februar und April d. J. an einem jetzt 14jährigen Schulmädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen.

Genickstarre in Oberschlesien. An der Genickstarre sind zwei Personen, Peter und Emanuel Muschailik zu Koslowagora, gestorben, zwei Brüder derselben sind von der Erkrankung genesen. Am Freitag ist der 15jährige Knabe Stephan Hojka an der Genickstarre schwer erkrankt. In dem Schlafhause zu Bogutschütz sind ebenfalls zwei Fälle von Genickstarre vorgekommen. Von den beiden Bergleuten, welche nach dem Knappschaftslazareth Kattowitz geschafft wurden, soll bereits einer verstorben sein. Die beiden Erkrankten stammen aus Tichau.

Neustadt OS., 18. Mai. Eine öffentliche Versammlung der Schuhmacher, die zum Zwecke der Gründung einer Zahlstelle am 15. d. Mts. im Gasthof „zur Eisenbahn" bei Herrn Scholz stattfinden und in welcher Genosse Reichelt aus Greitsch in Sachsen referiren sollte, konnte nicht abgehalten werden, da Herr Scholz in letzter Stunde die Hergabe seines Saales verweigerte, weil, wie er angab, ihm sonst die Concessionsentziehung in Aussicht stehe. Die Versammlung ist deshalb für Freitag, den 21. Mai, Abends 8 Uhr, in das Local des Arbeitercasino einberufen worden. Das Referat über die Lage der Schuhmacher und die Verbesserung durch die Organisation wird Genosse Reichelt aus Greitzich in Sachsen halten. Pflicht eines jeden Schuhmachers ist es, in der Versammlung zu erscheinen, damit endlich auch hier eine Organisation der Schuhmacher ins Leben tritt. — Unglücksfall. Der Kutscher Anton Goretzko aus Schlagwitz verunglückte dieser Tage hier dadurch, daß er, als das eine Rad vom Wagen sich trennte, herabfiel und erhebliche Verletzungen im Gesicht und eine Brustquetschung erlitt. Von der Achse war die Kapsel, welche das Rad an der Achse festhält, verloren worden; in Folge dessen passirte das Unglück. — Plötzlicher Tod. In Nr. 112 der „Volkswacht" berichteten wir von der Auffindung einer Leiche auf dem Kotzemer Wege. Wie die angestellten Ermittelungen ergeben haben, war der Tode der Böttchermeister Langer aus Langenbrück. Derselbe hatte das Unglück, auf freiem Felde von einem Schlagfluß betroffen zu werden, fiel in Folge dessen nieder und starb.

Kesselsdorf, 17. Mai. Erstochen. Der 20jährige Steinmetz Mayer wurde vergangene Nacht von einigen Rowdies aus Groß-Rackwitz am Kriegerdenkmale mit einem Messer erstochen. Das Motiv war jedenfalls Eifersucht. Nachträglich wird der Tischlergeselle Müller als der Mörder bestimmt genannt.

Kattowitz, 18. Mai. Grubenarbeiterausstand. Auf der Fürstlich Hohenlohe'schen „Georggrube" bei Klein-Dombrowka streiken sei gestern, wie der „Oberschl. Anz." meldet, fünfzig Schlepper und Pferdeknechte. Der Ausstand auf der „Neuen Przemsagrube" bei Brzezinka hat an Umfang zugenommen. Seit gestern streiken im Ganzen 100 Mann. Die Streikenden verhalten sich ruhig.

Kattowitz, 17. Mai. Selbstmord durch Dynamit. Der Kutscher Bartolomäus Zydek aus Kochlowitz, Kreis Kattowitz, tödtete sich, wie dem „Oberschlesischen Anzeiger" gemeldet wird, mittelst einer Dynamitpatrone. Als Motiv wird der seinem Herrn zugestoßene tödtliche Unglücksfall genannt.

Neueste Nachrichten.

Vom griechisch-türkischen Kriege.

Nunmehr scheint es zur letzten Auseinandersetzung zwischen Griechen und Türken gekommen zu sein und zwar wiederum zu Gunsten der Türken. Diese haben ihren Plan verwirklicht, ihren Gegner vor Abschluß des Friedens bis an die ehemalige Grenze der beiden Staaten zurückzutreiben. Die Griechen mußten auch aus ihren letzten Positionen in Thessalien weichen und sich in die Otkrys-Berge, welche die thessalische Landschaft im Süden abschließen, zurückziehen. Ganz Thessalien ist in der Macht der Türken.

Nach einer Depesche Edhem Paschas sind die Türken gestern nach Kämpfen, die bis Abends 7 Uhr gedauert haben, in Domokos eingerückt. Aus Arta wird berichtet, daß die ganze griechische Armee wieder dorthin zurückgekehrt ist. Der Rückzug vollzog sich während der Nacht in guter Ordnung (?).

Mit diesem letzten Erfolge der Türken dürfte nun aber der Krieg endgiltig beendet sein. Es verlautet in Constantinopel, daß der Sultan, dem Drängen der Botschafter nachgebend, in einen Waffenstillstand eingewilligt habe. Die dies bezüglichen Befehle sollen alsbald den Truppencommandanten zugehen.

Bezüglich der Friedensbedingungen herrscht noch große Unklarheit. Aus englischer Quelle wird gemeldet, daß in einer Versammlung der Botschafter am Montag, welche vier Stunden dauerte, eine Note ausgearbeitet wurde als Antwort auf die Friedensbedingungen der Türkei. Die Note wiederholt einfach die Aufforderung, die Feindseligkeiten einzustellen und erklärt formell, daß die Großmächte die Erdrückung Griechenlands nicht zulassen würden. Man nimmt an, daß die Militärpartei, welche den Sultan umgiebt, nach orientalischer Sitte viel verlangt habe, um nachher mit sich handeln zu lassen. Die Anhänger der Militärpartei erklären, daß die Türken keinen Grund hätten, Thessalien zu verlassen. Die englischen Blätter warnen den Sultan vor einem Versuche, sich den Mächten gegenüber trotzig zu zeigen. Wenn die Türkei sich weigern sollte, Thessalien zu räumen, so würden die Großmächte energisch auftreten und, nachdem sie Kreta gemeinschaftlich besetzt haben, auch andere türkische Gebiete sequestriren. Auch in Berlin ist bereits die amtliche Meldung eingetroffen, daß der Sultan den Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten auf dem griechisch-türkischen Kriegsschauplatze gegeben hat.

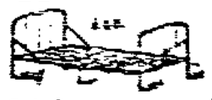
Berlin, 19 Mai. In parlamentarischen Kreisen war man gestern der Meinung, die Militärstrafproceßvorlage komme in dieser Session nicht mehr an den Reichstag. Es verbreitete sich die Anschauung, die Tagung werde am Sonnabend geschlossen werden. Die „Börsen-Zeitung" erfährt indessen, bei der Reichs-Regierung bestehe der dringende Wunsch, daß noch in dieser Session die Vorlage, betr. die Organisation des Handwerks zur Verabschiedung gelange, nicht aber die zweite und dritte Lesung, wie von anderer Seite angeregt worden, bis zum nächsten Herbst hinausgeschoben wird.

Furchtbarer Eisenbahnunfall. Heute Vormittag entgleiste ein nach Metz bestimmter Militärzug mit Reservisten. Nach bis jetzt vorliegenden Meldungen sind 28 Reservisten todt und eine sehr große Zahl leicht oder schwer verletzt.

Lobe-Theater.
Mittwoch:
„College Crampton."
Donnerstag
„Anna's Traum."

Victoria-Theater.
Direction Müller.
Vollständig neues Programm.
Preise: Nummerirt 1 Mark, reservirt 75 Pf., Entree 50 Pf. Im Vorverkauf nummerirt 75 Pf., reservirt 60 Pf., Entree 40 Pf.

Klappbettstellen



mit acht Quergurten 5.50
mit Kreuzgurten . . . 6.50
mit einfach. Spiralmatr. 8.00
mit doppelter Spiralmatratze u. befocht. Kopf- u. Fussende. 11.00
Matratzen hierzu:
mit Seegras . . . 5.00 Mk.
mit Indifaser . . 9.00 „

Wasch-Tische m. Garnituren dazu v. einfachsten bis elegantesten Genre.

Herz & Ehrlich
Breslau. 2137d
Preislisten gratis u. franco.

Brot! Brot! Brot!
für 50 Pfg. 6 Pfund ganz Hausbackenbrot. Friedrich-Wilhelmstraße 30, Hentschel. 2134

Hierdurch die ergebene Mittheilung, daß ich hierselbst
Gräbschenerstraße 89 (neben dem Königl. Polizei-Commissariat)
eine **Lederhandlung nebst Schäftefabrik**
eröffnet habe.
Es wird mein Bestreben sein, nur gute und preiswerthe Waare zu führen und bitte ich um geneigte Berücksichtigung meines Unternehmens
2190 **E. Pincus.**

Große Auswahl!
Pa. Damen-Zugstiefel von 5,00 Mk. an.
Pa. Damen Knopf- | Pa. Damen-Schnür- | Schuhe von Mk. 4,50 an.
Pa. Herren-Gamaschen von Mk. 5,50 an.
Pa. Herren-Cord-Gamaschen auf Rand Mk. 8,00,
braun echt Ziegen- u. Kalbleder Herren-, Damen-, Kinderschuhe u. Stiefeln zu billigsten Preisen.
Nur streng reelle Waaren.
mit Lederbrandsohle u. Lederfuppe gearbeitet.
2144
Amerikanische Schnellsohlerei
und Schuhwarenlager
9, Schmiedebrücke 9.

Meine Poliklinik für 2189
Frauenkrankheiten
befindet sich jetzt Sonnenstraße 10.
Sprechst.: 2—3 Uhr Nachm.
Privatsprechstunden Gartenstraße 20 halte ich jetzt von 11—12 u. 3—4 Uhr.
Dr. G. Landsberg.

Strohhüte
jeder Art 1940
billigst **direct** in der Fabrik
Neue Graupenstraße 11, Hof.
Freund & Krebs
Herren- u. Knaben-Strohhüte.

Zahn-Arzt H. Falkenstein,
jetzt Ohlauerstr. 52, (tgl. v. 9—6 Uhr)
Absol. schmerzl. Behdlg.
Zahnärztl. Poliklinik
tgl. 9—11, 4—5, Sonnt. 9—11 Uhr. 2141

Die
socialdemokratische Reichstagsfraction.
Preis 75 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Die weitausbekannte Firma
S. Hurtig
nur Ohlauerstr. 84, I. Etg.
Eingang Schuhbrücke.
Gegründet 1879
empfiehlt ihre anerkannten, guten Fabrikate in
Herren- und Knaben-Garderoben
zu billigen aber
streng festen Preisen.
Anfertigung eleganter
Herren-Garderobe nach Maaß.
Ueberschwängliche Anpreisungen unterlasse ich, und steht es Jedem ohne Kaufzwang frei, sich von meiner Leistungsfähigkeit zu überzeugen.

Nur
bis Pfingsten um zu räumen
für 50 Pfennige Westen jeder Farbe,
für 85 Pfennige Knaben-Wasch-Blousen,
für 96 Pfennige Herren-Hirschleder,
für 1 Mark Knaben-Wasch-Anzüge,
für 1,25 Mark Herren-Haus-Jackets,
für 1,50 Mark Knaben-Burschen-Hosen,
für 2 Mark Herren-Leder-Hosen,
für 2,50 Mark Knaben-Cheviot-Anzüge,
für 3 Mark Knaben-Schul-Anzüge,
für 3,50 Mark Loden-Jackets,
für 4 Mark gute Herren-Hosen,
für 4,50 Mark Burschen-Anzüge,
für 5 Mark Herren-Wasch-Anzüge,
für 6 Mark Pelerinen-Mäntel,
für 7 Mark Herren-Paletots,
für 8 Mark Herren-Anzüge.
Goldene 74,
1. Et., Ohlauerstr. 74.

Waaren-Haus
L. Baender
57, Reusche-Straße 57
verkauft:
Kleiderstoffe
Vollständige Roben 1,55, 1,50, 1,75, 2 Mark.
Cheviot, Reine Wolle, Robe 2,50 Mark.
Hochaparte Neuheiten.
Spottbillig.
Damen-Jaquetts 85 Pfg.
elegante moderne 2,50, 3,00, 4,00, 6,00 Mark.
Kragen 50 Pfg., 60 Pfg., 1,00, 2,00, 3,00 Mark.
Wäsche
Gr. Damenhemd 59 Pfg.
mit Stickerei 54 Pfg.
bis zu den feinsten Genres.
Nachtjacken 85 Pfg., 95 Pfg., 1,20 Mk.
Gardinen 3 Pfg., 25—75 Pfg.
abgepaßte Gardinen Paar 1,15 Mk.
Bettdecken 1,25, 1,50, 2, 3, 4 Mark.
Schlafdecken 85 Pfg., 1,50, 2, 3 Mark.
Bettücher, groß gesäumt, 85 Pfg.
Züchen 18, 22, 24, 28, 39 Pfg.
Inlets 24, 25, 30, 35, 40 Pfg.
Wallis 22, 25, 28, 35, 44 Pfg.
Hemdentuch 14, 18, 22, 25 Pfg.
Handtücher 10 Pfg.
Bezug mit 2 Ellen weiß 2,40, bunt 2,55 Mark.
Teppiche, Möbelstoffe, Läufer, Gardinendecken, Portièren, Linoleum,
zu sehr billigen Preisen.

Große Auswahl in 2198
Herren-Gamaschen v. 6 Mk. an.
Herren-Halbschuhe v. 5 Mk. an.
Lackschuhe schwarz u. farbig 4 Mk.
Damen-Gamasch. v. 4,50 Mk. an.
Knopfstiefel v. 6,50 Mk. an.
Halbschuhe v. 4,— Mk. an.
Spangenschuhe v. 3,50 Mk. an.
Kinderschuhe v. 0,50 Mk. an.
J. Marzoll, Schuhmacherstr.
Gräbschenerstraße 45.

Vorzügliche Cigarren
in jeder Preislage offerirt 1880
Oskar Betz, 2, Adalbertstraße 2.

Frauenfrage und Socialdemokratie
von
Lily Braun-Gizycki.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

MEYERS KONVERSATIONS-LEXIKON
Mit 1000 Bildertafeln und Kartenbeilagen
= Soeben erscheint =
in 6., neubearbeiteter und vermehrter Auflage
17,500 Seiten Text. 800 Hefte je 50 Pf. 17 Bände in Halbleder geb. à je 10 M.
100 Farbentafeln.
Probehefte und Prospekte gratis durch jede Buchhandlung.
Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig.
10,000 Abbildungen, Karten und Pläne.
Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht."

Verantwortlicher Redakteur: Emil Kunisch; — Redaktion und Expedition: Neue Gerberstr. 56. — Verlag von W. Trübel & Co.; Druck von O. Hönsch, — Sämtlich in Breslau. — Lithographie: Breslau.

Beilage zu Nr. 115 der „Volkswacht".

Mittwoch, den 19. Mai 1897.

Deutscher Reichstag.

Für die deutsche Volksvertretung war gestern ein hoher Tag. Die Reaction hat ihre Flammenzeichen enthüllt, freilich nur vor den vom allgemeinen Wahlrecht Ausgemusterten im preußischen Abgeordnetenhause. Da war es an der Zeit, daß sich das Parlament auf seine Aufgabe besann und wuchtigen Protest gegen die Verkümmerung der bürgerlichen Freiheiten einlegte. Das ist geschehen, in kräftigster Weise geschehen. Am Regierungstische thronte einsam Herr v. Boetticher. Der Reichskanzler hatte es vorgezogen, eine Staatsministeriolsitzung einzuberufen und aus diesem Umstande wenigstens einen äußerlichen Vorwand für sein Nichterscheinen herzuleiten gesucht. So hatte der aalglatte Staatssecretär des Innern die Sache der Regierung allein zu führen. Trotz seiner Gewandtheit schnitt er so schlecht ab, wie ein Mann nur abschneiden kann, der zwischen zwei Stühlen sitzt. Dem Abgeordneten Rickert, der das Vereinsnothgesetz mit der Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine begründete, fühlte er sich noch gewachsen, gegen unsern Genossen Singer versuchte er noch eine Art Vertheidigung, aber auf die schweren Angriffe Richters fand er nicht ein Wort der Erwiderung. So war seine Niederlage und die des Gesammtministeriums geradezu zerschmetternd, und sie wurde durch das Ergebniß der namentlichen Abstimmung — der gesammte Reichstag gegen 53 Junker und Junkergenossen — nur noch [illegible] besiegelt. Den Höhepunkt der Debatte bezeichneten drei Reden, die des Centrumsführers Lieber, die unseres Genossen Singer und die Eugen Richters. Lieber schonte den Fürsten Hohenlohe zwar nach Möglichkeit, aber er fand doch bittere Worte für den Bruch des Versprechens. Freilich, er und die Linke haben die Situation verschuldet, hätten sie im vorigen Jahre den Rath unserer Genossen befolgt und die Beseitigung der veralteten Bestimmungen der Vereinsgesetze mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch verkoppelt, so wäre der Reaction das Spiel verdorben worden. Diesen Gesichtspunkt hob Singer kräftig hervor. Er ermahnte den Reichstag, endlich einmal hart zu werden und seine Macht auszunutzen, sonst gehe es unaufhaltsam hinab bis zum Staatsstreich. — Richters Rede war die beste, die er seit Jahren gehalten hat. Es hatte den Anschein in letzter Zeit, als sei der alte Parlamentarier müde geworden. Seinen Reden fehlte es an Glanz und Aufschwung. Heute aber fand er seine ganze Kraft wieder und riß das ganze Haus mit sich fort. Es kommt bei uns so gut wie gar nicht vor, daß die Tribünen unter dem unmittelbaren Eindruck eines Satzes mit fortgerissen werden und zu klatschen beginnen. Bei der Richter'schen Rede geschah es zweimal, so daß Herr von Buol, von einem conservativen Abgeordneten darauf aufmerksam gemacht, mit der Räumung der Tribünen drohte. Die Rechte, die Herrn v. Kardorff und v. Levetzow vorschickte, war sehr kleinlaut und mußte es noch erleben, daß ihr ungerathenes Anhängsel, die Antisemiten, sich auf die Seite der Opposition schlugen. Die Herren haben neulich in Dresden am eigenen Leibe das „sächsische Juwel" zu spüren bekommen und die Lection vorläufig noch nicht vergessen. So rebellirte denn Herr Zimmermann sehr energisch gegen den sächsischen Polizeigeist, als dessen bundesräthliche Verkörperung, Graf Hohenthal, sich sofort durch den Satz erwies, daß jede Regierung mit jedem Ausländer machen könne, was sie wolle. — Die Nationalliberalen ließen durch den Abg. Bassermann erklären, daß sie bei der Stange bleiben und im preußischen Abgeordnetenhause nicht über den Stock springen werden. Das wird sich ja bald feststellen lassen. — Die denkwürdige Sitzung wird den Betheiligten, und betheiligt ist ja das ganze deutsche Volk, so bald nicht vergessen werden.

---

223. Sitzung vom 18. Mai 1897, 12 Uhr.

In der ersten Berathung des von den Abgg. Rickert (freis. Ver.), Schoene (südd. Vp.), Dr. von Jagdzewski (Pole), Dr. Lieber (Centr.), Richter (frs. Vp.), Singer (Soc.), Werner (Ant.) eingebrachten Entwurf eines Noth-Reichsvereinsgesetzes, wonach die Verbindung politischer Vereine gestattet wird, befürwortet

Abg. **Rickert** (frs. Ver.) den Antrag Angesichts der Kriegserklärung der preußischen Regierung gegen die Reichsgesetzgebung durch die dem Abgeordnetenhause vorgelegte Vereinsgesetznovelle. Der Reichstag müsse endlich von seiner Competenz Gebrauch machen: wenn man sich in Preußen auf Bayern, Baden, Hamburg beziehe, so seien dort Dinge unmöglich, wie sie in Pommern neuerdings vorgekommen sind. Das deutsche Volk steht hinter dem Reichstage: es verlangt seine verfassungsmäßige Freiheit und sein verfassungsmäßiges Recht. (Beifall links.)

Staatssecretär **v. Boetticher** leugnet die Absicht der preußischen Regierung, mit dem Reichstage Krieg zu führen: sie will nur nach ihrem verfassungsmäßigen Recht das jetzt geltende Vereinsrecht verbessern. (Lachen links.) Sie hat das volle Recht auf ihrer Seite und thut, was sie für richtig hält, auch wenn sie der Majorität nicht sicher ist. Indem die preußische Regierung ihr Vereinsrecht dem anderer Bundesstaaten conform gestaltet, strebt sie die deutsche Rechtseinheit an (Lachen links): und wenn Sie in Preußen Mißstände bemerkt haben (Große Unruhe links) — ich sage ja nicht, daß ich sie nicht bemerkt habe — (Große Heiterkeit), so dürfen Sie der Regierung doch die Mittel nicht verweigern, deren sie im Interesse der staatlichen Autorität bedarf. Trotz des Widerspruchs des Herrn Rickert trägt der Antrag demonstrativen Charakter; lassen Sie nach dem Grundsatz suum cuique dem Landtag, was des Landtages ist: die Regierungen werden dann dem Reichstage auch lassen, was des Reichstages ist. (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Dr. **Lieber** (Centr.): Meine politischen Freunde beabsichtigen mit diesem Antrage keine politische Demonstration. Der Vorwurf des Staatssecretärs ist unbegründet. Unser Antrag ist eingebracht worden, weil die preußische Regierung ein Vereinsgesetz eingebracht hat, das alles Andere, als eine Erfüllung des im vorigen Jahre gegebenen Versprechens ist. (Lebhafter Beifall links und im Centrum. Lachen rechts.) Wenn Sie (zur Rechten) die Mode des Gelächters aus dem Abgeordnetenhause hierher verpflanzen wollen, so können Sie überzeugt sein, daß Sie hier den Kürzeren ziehen werden. (Bravo! links und im Centrum.) Im gegenwärtigen Falle handelt es sich um die Beseitigung eines anerkannten Nothstandes und um die Einlösung eines in feierlicher Stunde gegebenen Versprechens. Dies Versprechen wurde am 27. Juni 1896 bei der Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches vom Reichskanzler gegeben. Damals sollte eine solche Bestimmung in das Bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen und die Regierung vor die Frage gestellt werden, entweder die Bestimmung über die Aufhebung des Verbot des Inverbindungtretens der Vereine mitzuschlucken, oder das größte nationale Werk in Frage zu stellen. Das Versprechen des Reichskanzlers veranlaßte uns zum Verzicht; keiner war im Zweifel, daß das Versprechen pure, ohne Nebenbedingung, gegeben sei. (Lebhafte Zustimmung.) Der preußische Justizminister hat den dialectisch geschickten Versuch gemacht, das Stillschweigen des Reichskanzlers auf Rickerts Frage nicht als Zustimmung auszulegen. Wohin soll es führen, wenn Versprechungen, die unter ehrlichen Männern in feierlicher Stunde gegeben werden, durch juristische Spitzfindigkeiten beseitigt werden. (Beifall links.) Trotz der Warnungen der Socialdemokraten haben wir dem Versprechen des Reichskanzlers damals getraut. (Rufe bei den Socialdemokraten: Leider!) Herr v. Zedlitz hat mir im preußischen Abgeordnetenhause den Vorwurf gemacht, daß mein Name mit dem eines Socialdemokraten unter dem vorliegenden Antrage steht. Ich möchte den Herrn daran erinnern, daß bei der Stichwahl in Liebenwerda-Torgau für den Candidaten seiner Partei um die Stimmen der Socialdemokraten de-, fleh- und wehmüthig gebeten worden ist. (Heiterkeit und Beifall.) Im Umsturzgesetz waren Maßnahmen gegen gewaltsame Umsturzversuche vorgesehen, über die preußische Richter befinden sollten; hier sollen untergeordnete Polizeiorgane die Auflösung von Versammlungen vornehmen dürfen, wenn der Staatsfriede bedroht ist. Was wir von diesen Polizeiorganen zu erwarten haben, haben die letzten Vorgänge in Puttkamerun (große Heiterkeit) gezeigt. Gegenüber solchen Erfahrungen war unser Antrag geboten. Herr v. Boetticher hat feierlich erklärt, die Novelle zum preußischen Vereinsgesetz soll keine Kriegserklärung gegen den Reichstag sein. Ich bezweifle nicht die subjective Richtigkeit dieser Worte. Aber auch wir haben das Recht, diese Vorlage für die ärgste Herausforderung des Reichstags zu halten, die man sich nur denken kann. (Bravo! links.) Begrüßen müssen wir aber, daß der Fuchs aus dem Loche ist und das Vereinsgesetz jetzt vorgelegt ist. Es war Zeit, uns darüber aufzuklären, wie unser Vertrauen gelohnt werden soll. Wir wissen nun, woran wir sind und stehen vor der Nothwendigkeit, die Aufhebung des Verbots des Inverbindungtretens der Vereine auf dem Wege der Reichsgesetzgebung zu fordern. Ein weiterer Schritt muß ein allgemeines Vereinsgesetz — natürlich mit den nothwendigsten Cautelen — für ganz Deutschland sein. Der Reichstag muß jetzt ein klares Wort sprechen, die Aufhebung des Verbotes läßt sich nicht länger aufschieben. Wir überlassen es dem Bundesrath, seinerseits Stellung zu nehmen gegenüber dem anmaßenden Worte, das im preußischen Abgeordnetenhause gefallen ist, daß die preußischen Stimmen im Bundesrathe niemals majorisirt werden dürfen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. **v. Kardorff** (frc.): Es ist ein mißliches Ding, im Namen einer kleinen Minderheit gegen eine Majorität zu sprechen und diese Majorität ist geladen; das merkte ich schon gestern. Formell hatte der Herr Präsident das Recht, die Tagesordnung zu bestimmen, aber er hätte auf die Minorität Rücksicht nehmen sollen, wie es Herr v. Levetzow gewiß gethan hätte. (Lachen links.) Daß Sie das Herrenhaus oder das Abgeordnetenhaus durch die heutigen Verhandlungen einschüchtern konnten, glauben Sie selber nicht. (Sehr gut! rechts.) Herr v. Stumm, mein verehrter Freund, hat schon im Februar 1895 die großen Schwierigkeiten hervorgehoben, die sich einer reichsgesetzlichen Regelung des Vereinswesens entgegenstellen. Zwischen Bundesrath und Reichstag wird sich schwer Uebereinstimmung erzielen lassen. Die Linke wird auch von den Cautelen, von denen Herr Lieber sprach, nichts wissen wollen. Der Abg. Rickert hat gesagt: Das allgemeine Wahlrecht erfordert freies Vereins- und Versammlungsrecht. Umgekehrt ist es richtig. (Lachen links.) Wenn man das allgemeine gleiche Wahlrecht überhaupt aufrecht erhalten will, so geht es nur, wenn man auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts die nöthigen Schutzmaßregeln trifft. (Lachen links.) Herr v. Stumm hat in der Sitzung vom 27. Juni 1896 sofort gefordert, daß gegen den Mißbrauch des Versammlungswesens eingeschritten werden müsse. Der Reichskanzler konnte ein bindendes Versprechen überhaupt nicht abgeben, er ist doch kein Autokrat, er ist doch an die Zustimmung der verfassungsmäßigen Factoren gebunden. Warum wollen Sie die Sache so aufbauschen. Die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes ist das nothwendige Correlat unseres Wahlrechts. Das Socialistengesetz hat in der That Bestimmungen enthalten, die das Wachsthum der Socialdemokratie befördert haben, so die Ausweisungsbefugniß. Aber die übrigen Bestimmungen waren sehr nützlich. Zuerst sind die socialdemokratischen Stimmen unter dem Ausnahmegesetz auch zurückgegangen. Erst 1884 stiegen die Stimmenzahlen wieder. Aber geradezu rapid seit der Aufhebung des Socialistengesetzes. Da wurden 1,400,000 Stimmen abgegeben (Stürmischer Beifall bei den Socialdemokraten) und bei der letzten Wahl gar 1,700,000 Stimmen. (Stürmischer Beifall bei den Socialdemokraten. Der Präsident bittet um Ruhe.) Wenn wir das Vereins- und Versammlungsrecht nicht einschränken, so erhält die Socialdemokratie bei den nächsten Wahlen 2½ Millionen Stimmen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Sie lachen, Sie glauben, Ihnen thut die Vereinsgesetznovelle nichts. Nun, so wie sie vorliegt, gefällt sie mir auch nicht ganz. Ich hätte sie lieber auf die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie zugeschnitten. (Lachen links.) Das Anwachsen der socialdemokratischen Stimmen beweist, daß der große Schatz monarchischer und loyaler Gesinnung, der noch beim Tode des Kaisers Friedrich vorhanden war, stark abgenommen hat. Ich führe das nicht nur auf die Aufhebung des Socialistengesetzes zurück, noch andere Momente kommen in Betracht, so die Noth der Landwirthschaft und andere Dinge, über die ich jetzt nicht sprechen will. Wenn uns aber wieder ein Staatsmann so groß wie Bismarck bescheert wird, dann kann es noch besser werden. Als Zeichen einer besseren Zeit begrüße ich auch die Novelle zum Vereinsgesetz, wenn ich auch nicht mit allen ihren Bestimmungen einverstanden bin. Sie zeigt, daß in das preußische Ministerium Energie zurückgekehrt ist. (Bravo! rechts. Zischen links.)

Abg. **Singer** (Soc.): Herr v. Kardorff hat zugegeben, daß sich die monarchische Gesinnung in Deutschland sich sehr vermindert hat. Ich werde das nicht bestreiten. Nur führe ich die Erscheinung zurück auf die ausraubende Thätigkeit des preußischen Junkerthums (Lebh. Bravo! links. Große Unruhe rechts. Rufe: Pfui!) Herr v. Kardorff würde ein besonders auf die Socialdemokratie zugeschnittenes Gesetz noch lieber sehen als die preußische Vorlage. Nun, die Socialdemokratie ist unter dem Socialistengesetz, unter dem Eindruck einer Knebelung, die jeden anständigen Menschen dazu bringen mußte, ihr seine Stimme zu geben, am stärksten gewachsen. Sie wird auch weiter wachsen, auch wenn die preußische Vorlage Gesetz werden sollte. Aber es ist freilich richtig, daß diese preußische Umsturzvorlage nichts anderes ist, als ein Versuch, auf diesem Wege auf die Wahlen einzuwirken: nicht umsonst hat Herr v. Kardorff von der Einschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit als einem „nothwendigen Correlat des allgemeinen gleichen Wahlrechts" gesprochen, und ich glaube, daß man den Entwurf richtig beurtheilt, wenn man ihn als die Einleitung zu einem Staatsstreiche bezeichnet (Zustimmung links.) Das Gesetz ist der Ausdruck Stummscher Anschauungen, es ist Geist von seinem Geiste. Herr v. Kardorff hat gegen die Geschäftsführung des Präsidenten Einspruch erhoben, der unsern Antrag schon heut auf die Tagesordnung gesetzt hat. Welch ein Entrüstungssturm hätte sich auf Seiten der Conservativen erhoben, wenn irgend ein Mitglied es seiner Zeit gewagt hätte, gegen die Geschäftsführung des Herrn v. Levetzow in dieser Weise vorzugehen! (Sehr richtig! links und im Centrum.) Herr v. Kardorff wirft den Antragstellern ferner vor, daß sie sich in der Gesellschaft der Socialdemokraten befinden. Vor mir liegt ein Antrag, den Herr v. Kardorff 1895 hier im Hause gestellt hat und der die Unterschriften: „Graf v. Schwerin. Singer" trägt (Heiterkeit). Damals handelte es sich für die conservativen Herren allerdings darum etwas für sich herauszuschlagen, und dann hört diese Scheu auf, mit den Socialdemokraten zusammenzugehen (Unruhe rechts, Zustimmung links.) Der Herr Reichskanzler erklärt das Vereins- und Versammlungsrecht als eine der werthvollsten Errungenschaften für die politische Erziehung eines Volkes, Angesichts derselben Vorlage, die die Vereins- und Versammlungsfreiheit vernichtet. Der Reichskanzler hat sein feierliches Versprechen, das er vor einem Jahre gegeben hat, nicht eingelöst. Das soll kein Vorwurf für den Reichskanzler persönlich sein. Aber wir wissen wie die Dinge im preußischen Ministerium liegen. Man kann da mit einem von der Presse hergenommenen Beispiel von Strohministern sprechen (Unruhe rechts, Zustimmung links), von Ministern, die mit ihrem Namen Alles decken müssen, was in der preußischen Regierung vorgeschlagen wird. Das einzige Gute, was sich aus der Nichteinlösung eines feierlichen Versprechens durch die preußische Regierung ergeben wird, wird hoffentlich darin bestehen, daß die Herren vom Centrum sich künftig etwas vorsichtiger gegenüber solchen Regierungsversprechungen verhalten und etwas Mißtrauen lernen werden auch gegenüber den Zusagen eines persönlich vertrauenswürdigen Mannes, der nur durch die Verhältnisse zu häufig in die Lage gebracht wird, sie nicht einlösen zu können. (Sehr wahr! links.) Fürst Hohenlohe ist nicht der Herr der Verhältnisse; wer sind denn die eigentlichen Verfasser des preußischen Gesetzentwurfs? Sind es die Minister Hohenlohe und Boetticher oder ist es die Compagnie Recke-Miquel-Stumm? (Heiterkeit.) Es giebt Zustände, in denen es unbedingt nothwendig ist, volle Klarheit zu schaffen. Ich für meine Person fasse diese Vorlage nicht als eine für den Augenblick gebotene auf, sondern als ein Stück von dem Geiste, mit dem man in Preußen-Deutschland zu regieren wünscht. (Sehr richtig! links.) Diese Vorlage zeigt deutlich, wohin wir steuern. Der Reichstag würde seine Pflicht verletzen, wenn er nicht aufs Schärfste dagegen protestiren würde. Daß mit einer solchen Vorlage der Socialdemokratie der Garaus gemacht werde, wird außer den Herren v. Kardorff und v. Stumm doch Niemand glauben. (Zustimmung.) Nein, meine Herren, wir werden auch mit dieser Vorlage fertig werden (Bravo! bei den Socialdemokraten), das können Sie glauben, und wenn Sie meinen sollten, die Socialdemokratie könne durch solche Fußangeln und Scheerereien in ihrer Entwickelung behindert werden, so beweist das nur Ihr vollständiges Verkennen des naturnothwendigen Ganges der Dinge. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Es ist bezeichnend genug, daß es die Seite des Hauses sein muß, auf der die sogenannten „vaterlandslosen Gesellen" sitzen, die die Würde und Ehre des deutschen Volkes wahrt, (Bravo! links) gegenüber dem Attentat darauf, das die Vorlage begeht. Gegenüber dieser preußischen Vorlage muß man wirklich das nationale Schamgefühl anrufen. Für diesen preußischen „Liberalismus" hat mindestens der Süden kein Verständniß; in München hat eine von 5000 Personen besuchte Versammlung ihrer Entrüstung darüber Ausdruck gegeben, wie man in Preußen vorzugehen wagt, und diese von Socialdemokraten ausgehende Versammlung war keineswegs nur von Socialdemokraten besucht, es fand sich dort alles ein, was überhaupt noch eine Idee von Freiheit hat. Das gesammte deutsche Volk, mit Ausnahme der paar Dutzend Leute, deren materielle Interessen die Regierung hätschelt und fördert, ist einig in der Verurtheilung der Vorlage und wünscht vor ihren Folgen bewahrt zu bleiben. Die nächsten Wochen werden das der Regierung und dem preußischen Abgeordnetenhause noch zur Genüge zeigen. Mindestens die Herren, welche nicht blos vom Dreiklassenwahlrecht gewählt, sondern auch auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hier in den Reichstag gesandt sind, werden das zu merken bekommen. Die frühere Umsturzvorlage war gegenüber dieser preußischen ein wahres Muster in der Wahrung der Volksrechte (Heiterkeit und Zustimmung links), und diese sollen fortan Herren ausgeliefert werden, wie dem Herrn Landrath v. Puttkamer und seinen Polizeiorganen. Die gehaltenen und ungehaltenen Reden dieses Herrn geben ein Bild davon, wie es unter solchen Verwaltungsorganen mit den selbstverständlichsten Rechten des Volkes steht. Er spricht von dem „vollkommnen Umsturz aller bestehenden Gesetze, von einer Revolutionirung des ganzen Landes" durch den Bauernverein Nordost (große Heiterkeit links) und die Auffassung solcher Beamten spiegelt sich dann in Aeußerungen ihrer polizeilichen Beauftragten wieder. Ich erinnere Sie an jenen Gendarmen, der, auf die Gesetzwidrigkeit einer Versammlungsauflösung hingewiesen, meinte — es war jedenfalls ein guter Berliner: „Was jeht mir das Gesetzbuch an, ich richte mir nach meiner Instruction." (Große Heiterkeit.) In dieser Weise wird in Zukunft das Vereinsrecht immer gehandhabt werden, dafür sorgen die Bestimmungen des neuen Gesetzes. Mit der Bestimmung über die Minderjährigen nehmen Sie einen Drittel der Arbeiterschaft, das in der Lage ist, sich sein Brot selbst zu verdienen, das Recht, seine Angelegenheiten selbstständig zu regeln. Herr v. Bötticher sagte, wenn Mißstände in der Handhabung des Vereinsrechtes vorhanden sind, dann solle man sie beseitigen. Die preußische Regierung verhindert aber, daß das Reich diese Mißstände beseitigen kann, sie verhindert durch ihren Einfluß, daß der Bundesrath den Gesetzen zustimmt, die der Reichstag verlangt im Interesse eines freiheitlichen Vereinsrechtes. Der Herr Staatssecretär hat von den drohenden Gefahren auf dem Gebiete des Versammlungsrechtes gesprochen. In der Begründung habe ich auch nicht die Spur eines Beweises für das Vorhandensein dieser Gefahren gefunden. Zwei Gefahren kenne ich allerdings für die Sicherheit des Staates. Das ist der preußische Landtag mit den preußischen Junkern und die preußische Regierung, die sich dazu hergiebt, ihren Gelüsten zu Willen zu sein. (Sehr richtig! links.) In der Begründung ist lediglich von ein paar Anarchisten die Rede. Wer die Verbindung zwischen Polizei und Anarchisten kennt, der weiß, daß mancher Polizeiagent froh ist, daß überhaupt ein paar Anarchisten da sind. Das ist ungefähr dieselbe Begründung, wie im alten Socialistengesetz. Damals schickte man mit preußischen Polizeigelde Dynamit nach der Schweiz, um dann mit demselben in der Begründung des Socialistengesetzes zu paradiren. Mit solchen Begründungen lockt man aber heute keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Hinsichtlich der Auslegung sollen wir zu Herrn Recke Vertrauen haben? Dieser Herr hat als Regierungspräsident in Düsseldorf ein Frauenagitationscomitee als Verein verboten und jede Versammlung, die nach dem Verbot von einem Mitgliede dieses Agitationscomitees einberufen war, gleichfalls als Vereinsversammlung angesehen und Frauen den Zutritt zu diesen Versammlungen verboten. Für dieses Kunststück ist Herr Recke, glaube ich, damals Minister geworden. (Heiterkeit.) Der Antrag wird von dem Bundesrath nicht angenommen werden, nach der Rede des Herrn Lieber ist aber zu hoffen, daß das Centrum in Zukunft die Beschlüsse des Reichstags wirksamer zu gestalten versuchen wird und sich nicht mehr mit Versprechungen hinhalten lassen wird. Ich überschätze die Rechte des Reichstags gewiß nicht, ich weiß, daß er mehr ideelle als praktische Erfolge erzielen kann. Aber so schwach ist er nicht, daß er die Wünsche seiner großen Majorität nicht gegenüber der preußischen Regierung durchdrücken könnte. (Sehr richtig! links.) Er brauchte nur die parlamentarischen Geschäfte so lange zu sistiren, bis der hier vorliegende Antrag im Bundesrath angenommen und im „Reichsanzeiger" als Gesetz publicirt worden ist. (Bravo links.) Das wäre ein Mittel, das die verbündeten Regierungen und auch Herrn von Bötticher fügsamer zu machen geeignet ist. (Sehr richtig! links.) Vor einem Conflict schrecke ich dabei nicht, denn in diesem Conflict steht das Volk hinter dem Reichstag. Und sollte man zur Auflösung greifen, nichts Besseres gäbe es, als die Junker hinweg zu

wehen (Sehr richtig! links.) Der Reichstag hat nicht bloß die Befugnisse, Vorlagen der Regierung anzunehmen oder abzulehnen, mit der Bewilligung des Etats ist ihm ein so großes Recht gegeben, daß er es nicht nöthig hat, sich noch obendrein auslachen und aushöhnen zu lassen. Das Wort das einst in Ruhla gesprochen wurde „Landgraf werde hart!“ es sollte sich jetzt endlich auch einmal der Reichstag zur Richtschnur nehmen. (Lebhafter Beifall! links.)

Staatssecretär **von Bötticher:** Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß man hier ein solches Schauergemälde entwerfen könnte. Herr Singer sieht in der Novelle den Anfang eines Staatsstreiches. (Singer: Jawohl). Den Beweis dafür ist er schuldig geblieben. Die Novelle will nichts Anderes, als was in anderen Bundesstaaten Rechtens ist. Niemand wird behaupten, daß in den anderen Staaten die Freiheit der Bürger in dringender Gefahr ist. Ich kann aber Herrn Singer beruhigen: im gegenwärtigen Staatsministerium sitzt kein Minister, der auch nur an den Versuch eines Staatsstreiches denkt. (Ruf links: Vielleicht im zukünftigen!) Da hält sich Jeder an den Eid gebunden, den er auf die Verfassung geschworen hat. (Ob-Rufe links). In Preußen trägt man sich schon lange mit dem Gedanken der Revision des Vereinsgesetzes. Ich bitte also, solche Beleidigungen nicht zu wiederholen. (Ruf links: Reaction!) Ich höre eben das Wort Reaction. Sehe ich wie ein Reactionär aus, sieht etwa der Reichskanzler wie ein Reactionär aus? Fragen Sie nur einmal die wirklichen Reactionäre, wie sie mich taxiren. (Große Heiterkeit.) Der Herr Vorredner hat dann von Strohministern gesprochen. Eine solche Beleidigung sollte in einem Parlament gar nicht fallen dürfen. Warten Sie doch auch erst einmal ab, was in Preußen aus der Vorlage wird. Ich weiß es heute nicht, aber ich kann mir ganz gut denken, daß die Sache anders abläuft, als Herr Singer sie sich vorstellt. Wenn auch die Mehrheit des Reichstags das Versprechen des Reichskanzlers so aufgefaßt hat, als würde man sich auf Aufhebung des § 8 beschränken, so hat es doch auch hier im Hause nicht an anderen Stimmen gefehlt. Der Abg. v. Stumm (lebhaftes Lachen links). Das Lachen scheint Ihres Lebens Freude zu sein, es spricht aber dafür, daß Ihnen andere Gründe fehlen. Der Abg. Frhr. v. Stumm hat die entgegengesetzte Auffassung gehabt und geäußert. Warten Sie also ruhig die Verhandlungen im preußischen Landtag ab (Heiterkeit). Wir müssen ja auch warten. Wird dort die Vorlage abgelehnt, kommt also die Aufhebung des § 8 nicht zu Stande, dann mögen Sie meinetwegen hier den Antrag erneuern. Herrn Lieber bitte ich, einem aktiven Minister nicht nachzusagen, er habe seine Ueberzeugung mit juristischen Spitzfindigkeiten verdeckt. Der Justizminister ist im Lande über einen derartigen Verdacht erhaben. Ich möchte schließlich noch, um alle gegenseitigen Vermuthungen zu zerstreuen, deutlich und klar aussprechen: Zwischen der Reichsverwaltung, den verbündeten Regierungen und der preußischen Regierung besteht in dieser und hier beschäftigenden Frage nicht die geringste Meinungsverschiedenheit.

Vicepräsident **Schmidt:** Ich will den Aeußerungen des Herrn Staatssecretärs gegenüber nur bemerken, daß der Abg. Singer weder den Ministern die Absicht eines Verfassungsbruches vorgeworfen hat, noch erklärt hat, die Minister seien Strohminister, noch daß hier ein Minister den Reichstag gedröhnt hat. Der Herr Staatssecretär, der eine Zeit lang abwesend war, ist wohl falsch berichtet worden. Hätte Herr Singer solche Vorwürfe gemacht, ich hätte es nicht geduldet.

Staatssecretär **v. Bötticher:** Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich falsch berichtet worden bin. Soweit bezüglich der Gehälter kann ich mir aber nichts abhandeln lassen. Das habe ich selber gehört.

Vicepräsident **Schmidt:** Ich constatire, daß Herr Singer nur gesagt hat, der Reichstag hat es nicht nöthig, sich auslachen oder aushöhnen zu lassen. Von einer persönlichen Bezugnahme auf Herrn von Bötticher war nicht die Rede.

Abg. **Dr. von Levetzow** (Reichspart.): Ich verstehe die Erregung in den Reden hier im Hause nicht. Die Vorlage unterliegt der Beschlußfassung des preußischen Landtags. Der mag machen damit, was er will. Den Antrag können wir nicht annehmen, weil er uns nicht zeitgemäß erscheint, obwohl wir prinzipiell nichts dagegen einzuwenden haben. Die preußische Regierung war formell vollkommen im Recht mit der Vorlage. Das Reich kann sich der Vereinsgesetzgebung annehmen, prüfen es aber nicht. Bezüglich des Inhaltes der Vorlage meine ich, was Hamburg kann, das Preußen erst recht. Auch auf der Rechten haben übrigens alle sofort angenommen, es würde mit der Aufhebung des § 8 zum Abschluß eine Revision des Vereinsgesetzes vorgenommen werden. Ich möchte schließlich bitten, sich mit der Sache, die der Reichstag nicht unwesentlich angeht, nicht allzusehr zu beschäftigen. Die Zeit drängt wirklich zu sehr. (Beifall rechts).

Abg. **Richter** (freis. Volksp.): Daß Herr von Bötticher als Commissarius auch diese Vorlage übernommen würde und daß er sie als Commissarius hier auch vertreten würde, daran habe ich nicht gezweifelt. Immerhin wundert es mich, daß der Reichskanzler nicht hier ist und sich nicht persönlich entschuldigen läßt. Denn es ist dringend, um den er uns zu bitten haben. Wenn Herr Lieber dem Reichskanzler einen persönlichen Vorwurf machen wollte, so bin ich ganz anderer Meinung (richtig, links). Ich mache ihm den stärksten persönlichen Vorwurf (Lebhafter Beifall links). Es ist es, daß wirklich die Kanaillen von der schwarzen und weißen Seite im Allgemeinen gerichtet ist. Die Sozialdemokraten, Schleifer, Demuther und wie sie alle heißen, Herren (Vorsitzender bitte, Ordnung zu halten) sind alle nicht überzeugt worden. Ich habe ein ganz dringendes persönliches Wunschkind, wenn (Unruhe links). Ich verstehe uns nicht so zu nennen, denn wir haben den Herren im vorigen Jahre nicht gefehlt. Für die wirkliche aber vorhandene Gefahr haben wir unbedingt Alle verwandt. Wir [illegible] im Verein mit Ministern noch nicht klar [illegible] ist, der kommt sich in der That durch die Versicherungen des Reichskanzlers [illegible] verführen lassen. [illegible] auf Herrn von Stumm. Herr von Stumm hat hier die Telegramme [illegible] aber ich denke Herr von Stumm [illegible] Minister. [illegible] Herr von Stumm ist parlamentsfähig. [illegible] Herr von Stumm [illegible] Herr [illegible] Herr [illegible] Herr